

Sicherheitsreport

2002

Das Wichtigste zuerst:

Münchens Sicherheitszustand weiterhin sehr gut

Rückgang

- der Gesamtkriminalität um 4,0 %
- der Straßenkriminalität um 4,9 %

Anstieg

• der Gewaltkriminalität um 7,6 %

Präventionsprogramm

• "Zammgrauft" Erfolg wissenschaftlich bestätigt

Kräfteintensive Großeinsätze

- Sicherheitskonferenz
- Chaostage
- Leichtathletik-Europameisterschaft
- Wehrmachtsausstellung

erfolgreich abgewickelt

Impressum:

Herausgeber Polizeipräsidium München, Präsidialbüro und Abteilung Einsatz

und Verleger: 80333 München, Ettstr. 2, Tel. 2910 - 24 24

Druck: Polizeipräsidium München, Abteilung Versorgung,

81549 München, Tegernseer Landstr. 210, Tel. 6216 - 1820

Internet: http://www.polizei.bayern.de/ppmuc

Nachdruck oder sonstige Auswertung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet

München, März 2003

Inhaltsübersicht

			Seite
vorwoi	RT		4
TEIL A	<u>VER</u>	RBRECHENSBEKÄMPFUNG	<u>5</u>
1.	KRI	IMINALITÄTSENTWICKLUNG INSGESAMT	5
	1.1	Lage Polizeipräsidium München	5
		1.1.1 Kriminalitätsstruktur	6
		1.1.2 Tatverdächtigenentwicklung	6
		1.1.3 Opferentwicklung	6
		1.1.4 Opferschutz	7
	1.2	Lage Landeshauptstadt München	8
		1.2.1 Kriminalitätsentwicklung insgesamt	8
		1.2.2 Häufigkeitsziffer (HZ)	8
		1.2.3 Tatverdächtige	9
		1.2.4 Gewaltkriminalität	11
		1.2.5 Straftaten im öffentlichen Personennahverkehr	17
		1.2.6 Straßenkriminalität	18
		1.2.7 Straftaten gegen das Eigentum oder Vermögen	19
		1.2.8 Einsatz von Schusswaffen	21
	1.3	Lage Landkreis München	22
2.	BES	SONDERE FORMEN DER KRIMINALITÄT	23
	2.1	Rauschgift- und Beschaffungskriminalität	23
	2.2	Organisierte Kriminalität (OK)	25
	2.3	Wirtschaftskriminalität	26
	2.4	Umweltkriminalität	29
	2.5	Jugendkriminalität	31
	2.6	Politisch motivierte Kriminalität	36
	2.7	Problematische Szenen	39
		2.7.1 Skinheads	39
		2.7.2 Punks	39
		2.7.3 Gruppen gewaltbereiter junger Nichtdeutscher	40
		2.7.4 Rocker	40

<u>TEIL</u> <u>B</u>	<u>Ordr</u>	nungs- und Schutzaufgaben	<u>41</u>
1.	Geso	chlossene Einsätze, Veranstaltungen	41
	1.1	Veranstaltungen mit politischem Hintergrund	41
		1.1.1 Infostände der NPD	41
		1.1.2 Konferenz für Sicherheitspolitik	42
		1.1.3 Kommunalwahlen	42
		1.1.4 Angekündigte "Chaostage"	42
		1.1.5 Bundestagswahl	43
		1.1.6 Aktionismus im Zusammenhang mit der "Wehrmachtsausstellung"	43
	1.2	Unpolitische Veranstaltungen	45
		1.2.1 Überblick	45
		1.2.2 Fußballspiele	45
		1.2.3 Fußball-WM in Japan/Südkorea	45
		1.2.4 Leichtathletik-EM	45
		1.2.5 Oktoberfest	46
2.	Besc	onderes Sicherheitsrecht	47
	2.1	Märkte und Straßenfeste	47
	2.2	Schadensfälle durch pyrotechnische Gegenstände an Silvester	47
	2.3	Änderung der Kampfhundeverordnung	47
3.	Kata	astrophenabwehr	48
	3.1	Kampfmittelauffindung	48
	3.2	Sprengstoffverdächtige Gegenstände	48
	3.3	Gasexplosion	48
	3.4	Strahlenschutz	48
<u>TEIL</u> <u>C</u>	<u>DIE</u> !	NSTBETRIEB DER POLIZEIEINSATZZENTRALE (EZ)	<u>49</u>
	1.	Notrufentgegennahme und -bearbeitung	49
	2.	Einsatzentwicklung motorisierter Streifen	49
	3.	Steuerung der Polizeialarme	50
	4.	Durchführung von Abschleppanordnungen	50
	5.	Entwicklung der Einsatzzahlen im Vergleich zum Streifenpotenzial	50
	6.	Öffentlichkeitsarbeit (Führungen)	51

VORWORT

Münchens Sicherheitslage ist zum Markenzeichen geworden.

Ein Erfolg, der viele Väter hat und über den ich mich als langjähriger Polizeipräsident besonders freue.

Im vergangenen Jahr hatte München den deutlichsten Straftatenrückgang in Bayern zu verzeichnen. Ein hervorragendes Ergebnis, das nur die steigende Gewaltkriminalität etwas trübt.

Mehrere Großeinsätze, die alle ohne nennenswerte Sicherheitsstörungen abgewickelt wurden, forderten einen hohen Kräfteeinsatz. Das führte zu weniger Kontrolldelikten. Dennoch: Sicherheitsdefizite sind dadurch noch nicht deutlich geworden.

Die Münchner Bürger können sich auf eine konsequente Sicherheitspolitik, leistungsfähige Sicherheits- und Justizbehörden und eine effiziente Münchner Polizei verlassen. Beste Voraussetzungen also, dass Münchens Bevölkerung auch künftig sicher leben kann.

Roland

Ich wünsche es ihr von Herzen.

Dr. Roland Koller Polizeipräsident

TEIL A VERBRECHENSBEKÄMPFUNG

1. KRIMINALITÄTSENTWICKLUNG INSGESAMT

1.1 LAGE POLIZEIPRÄSIDIUM MÜNCHEN

Weniger Straftaten

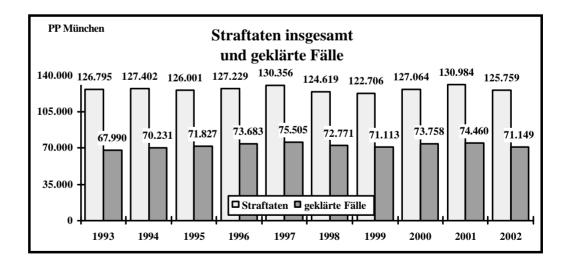
Nach Jahren steigender Zahlen, wurden 2002 im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München **125.759** Straftaten registriert, 4,0 % weniger als im Vorjahr.

Ausschlaggebend dafür sind deutliche Rückgänge bei Kontrolldelikten im Rauschgiftund ausländerrechtlichen Bereich.

Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit den Großeinsätzen des letzten Jahres, die hohe Einsatzkapazitäten banden. Abgeschwächt hat sich aber auch das Anzeigenaufkommen bei Betrugsdelikten und Sachbeschädigungen.

Rohheits- und Sexualdelikte dagegen stiegen weiter an. Die Konzeption "Bekämpfung der Häuslichen Gewalt"¹ zeigt bereits Wirkung. 1.600 Ermittlungsverfahren leitete das Polizeipräsidium in diesem Zusammenhang ein.

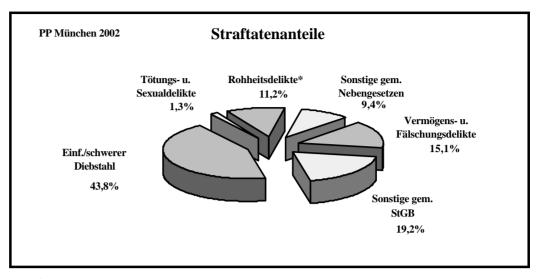
Unverändert fallen im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München knapp $^{1}/_{5}$ der Straftaten Bayerns an.



Die Aufklärungsquote (AQ) betrug 56,6 % (56,8 %).

¹ Zum 01.01.2002 trat das Gesetz zur Verbesserung des zivilrechtlichen Schutzes bei Gewalttaten und Nachstellungen (Gewaltschutzgesetz – GewSchG) in Kraft.

1.1.1 Kriminalitätsstruktur



^{*} Umfasst u. a. Raub und Körperverletzung

Die Deliktstrukturen haben sich innerhalb der letzten 10 Jahre stark verändert. Am deutlichsten wird dies bei den Diebstahlsdelikten, deren Straftatenanteil sich um 10,9 %-Punkte reduzierte, während nahezu alle anderen Deliktsobergruppen anwuchsen.

1.1.2 Tatverdächtigenentwicklung

Geringere Zahl von Tatverdächtigen 52.097 Tatverdächtige (TV), 2,6 % weniger als im Vorjahr, wurden erfasst. Mehr als $^1/_5$ von ihnen sind Minderjährige 2 (22,9 %). Noch vor 10 Jahren waren dies 18,0 %. Ihr Bevölkerungsanteil wuchs in diesem Zeitraum von 16,4 % auf 17,0 % an.

Mehr als 40 % nichtdeutsche Tatverdächtige

Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger betrug 41,8 % (42,9 %). Werden die ausländerrechtlichen Straftaten ausgeklammert, verringerte er sich geringfügig auf 36,7 % (36,9 %).

1.1.3 Opferentwicklung

Eine Opfererfassung erfolgt nur bei Tötungs-, Sexual- und Rohheitsdelikten. 10.019 (57,3 %) der 17.501 Opfer waren männlich.

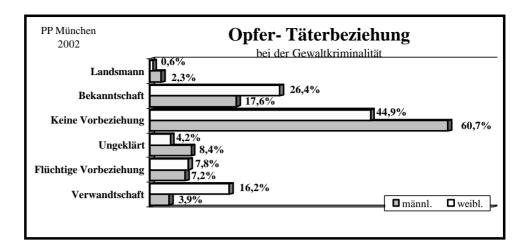
Die Mehrzahl der Opfer wurden im Zusammenhang mit vorsätzlichen (leichten) Körperverletzungen und Freiheitsberaubung/Nötigung/Bedrohung geschädigt.

Männliche Opfer geraten bei der Gewaltkriminalität häufiger als Frauen an Täter, die sie vorher nicht kannten.

Dagegen richten sich Straftaten zwischen Verwandten meist gegen weibliche Opfer.

² Definitionen:

Kinder bis unter 14 Jahre
Jugendliche 14 bis unter 18 Jahre
Heranwachsende 18 bis unter 21 Jahre
Minderjährige bis unter 21 Jahre



1.1.4 Opferschutz

Das Kommissariat 314, Dienststelle des Polizeipräsidiums für verhaltensorientierte Prävention und Opferschutz, hat im vergangenen Jahr etwa 700 Vorträge zu verschiedenen Themen (Gewalt-/Eigentumskriminalität u.a.) durchgeführt. Hauptsächlich an Schulen, aber auch in Ausbildungsbetrieben und Seniorenwohnheimen erreichte es über 17.400 Zuhörer.

Darüber hinaus wurden 320 Vorträge mit fast 8.000 Teilnehmern zur Rauschgiftprävention gehalten. Zielgruppen sind überwiegend Schüler, Berufsschüler/Auszu-bildende, aber auch Erwachsene.

Polizeikurs "Zammgrauft"

Im Rahmen des Präventionskonzeptes "Zammgrauft", einem Polizeikurs für Jugendliche und Multiplikatoren zur Förderung der Zivilcourage, wurden im Jahr 2002 insgesamt 347 Veranstaltungen durchgeführt. Nahezu 8.500 Besucher, davon 94,1 % Kinder und Jugendliche und 5,9 % Erwachsene bzw. Multiplikatoren nahmen daran teil. Der Zielgruppe der 12- bis 16-Jährigen werden spielerisch Aspekte und verschiedene Erscheinungsformen der Gewalt verdeutlicht, sowie Selbstbewusstsein und Zivilcourage vermittelt. Das Projekt wird von der Ludwig-Maximilians-Universität München wissenschaftlich begleitet. Erste Evaluationsergebnisse liegen vor. Sie belegen hohe Zufriedenheit der Teilnehmer mit dem Training, eine Steigerung der Zivilcourage und angemessenes Verhalten in Notsituationen.

Technische Prävention Das Kommissariat 313 (technische Prävention), führte als kriminalpolizeiliche Beratungsstelle 3.345 (3.222) persönliche Gespräche durch. Darüber hinaus wurden bei verschiedenen Institutionen und Vereinen über 600 Personen im Rahmen von Präventionsvorträgen über Sicherungsmaßnahmen informiert.

Investitionen in technische Sicherungsmaßnahmen lohnen sich. In 60 % der mit elektrischen oder mechanischen Sicherungseinrichtungen ausgestatteten angegriffenen Gebäude konnte ein Einbruchdiebstahl verhindert werden. Allerdings waren in nur knapp $^{1}/_{5}$ der insgesamt angegangenen Objekte (Wohnungen / Büros) solche Sicherungsmaßnahmen vorhanden.

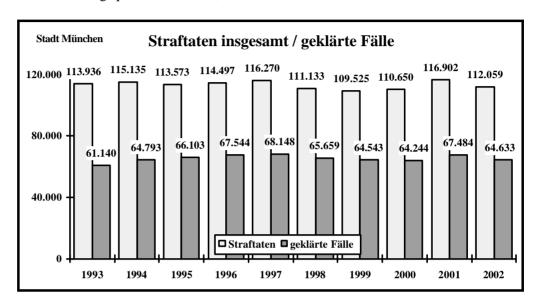
1.2 LAGE LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

1.2.1 Kriminalitätsentwicklung insgesamt

Deliktsrückgang

112.059 erfasste Straftaten in der Landeshauptstadt München sind um 4,1 % weniger als im Vorjahr.

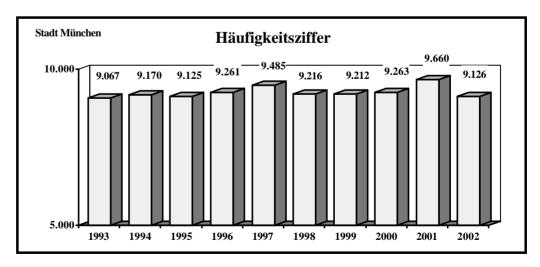
Die Aufklärungsquote blieb bei 57,7 % unverändert.



1.2.2 Häufigkeitsziffer (HZ)³

Trotz Bevölkerungsanstieg, verringerte sich die HZ in Folge geringerer Deliktszahlen auf 9.126 (9.660).

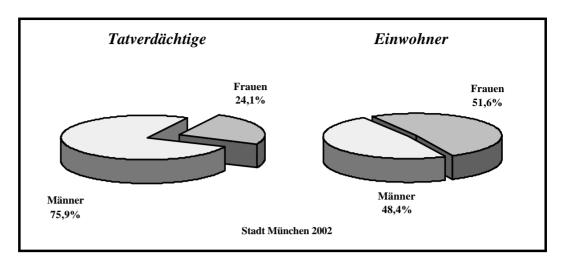
Damit schneidet München im Vergleich⁴ mit den anderen deutschen Großstädten erneut hervorragend ab. Die Landeshauptstadt lag 2001 als drittgrößte Stadt Deutschlands in der Kriminalitätsbelastung an 43. Stelle, dürfte sich mit dem vorliegenden Ergebnis aber nochmals deutlich besser placiert haben.



1.2.3 Tatverdächtige

³ Anzahl der Straftaten pro 100.000 Einwohner

⁴ Bei Redaktionsschluss lagen auf Bundesebene noch nicht alle HZ der verschiedenen Städte vor. Die exakte Position Münchens in dieser Reihung steht daher noch nicht fest.



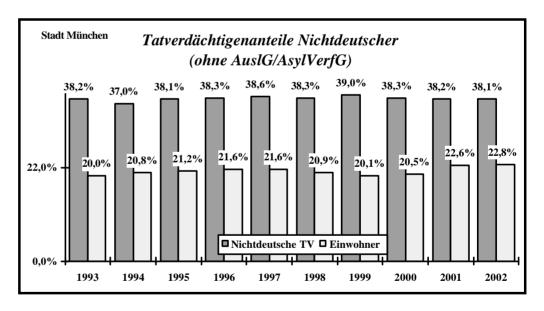
47.226 Tatverdächtige wurden ermittelt, 2,3 % weniger als 2001.

Knapp ¼ aller Tatverdächtigen weiblich

Nichtdeutsche Tatverdächtige Seit Jahren verändern sich Einwohner- und Tatverdächtigenanteile von Frauen und Männern nur geringfügig. Knapp ¼ aller Tatverdächtigen (24,1 %) sind Frauen, ihr Anteil bei den Einwohnern liegt dagegen bei 51,6 %.

20.454 aller Tatverdächtigen waren Nichtdeutsche. Ihr Anteil an der Gesamtzahl reduzierte sich auf 43,3 % (44,2 %). Ihr Einwohneranteil⁵ stieg auf 22,8 % (22,6 %).

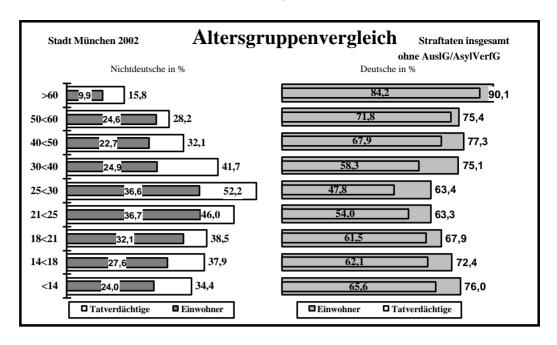
Ohne Berücksichtigung der Straftaten nach den ausländerrechtlichen Bestimmungen, hat sich ihr Anteil an allen Tatverdächtigen mit 38,1 % (38,2 %) kaum verändert.



Im Gegensatz zu den Einwohnern sind bei deutschen wie ausländischen Tatverdächtigen auch von auswärts Kommende enthalten.

Nachfolgender Altersgruppenvergleich stellt die Anteile der ermittelten deutschen und nichtdeutschen Tatverdächtigen zu deren jeweiligen Bevölkerungsanteilen in Relation. Die Straftaten nach den ausländerrechtlichen Bestimmungen bleiben ausgeklammert:

⁵ Das Statistische Amt der LH München stellte die Zählweise zum 01.01.2000 von der "wohnberechtigten Bevölkerung" auf "Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung" um.



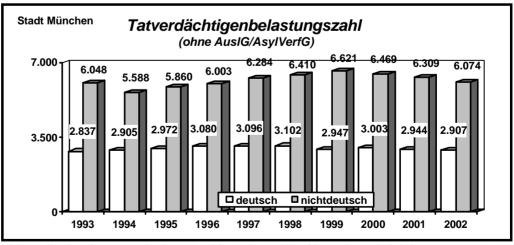
Die Grafik weist weiterhin in allen Altersgruppen eine deutliche Überrepräsentanz nichtdeutscher TV aus.

Der höchste Tatverdächtigenanteil war mit 52,2 % in der Altersgruppe der 25- bis unter 30-Jährigen festzustellen.

Hoher Anteil ortsansässiger Gewalttäter 58,2 % der nichtdeutschen und 67,4 % der deutschen TV hatten ihren Wohnsitz in München. Im Bereich der Gewaltkriminalität wohnten sogar 80,3 % der nichtdeutschen und 76,4 % der deutschen TV in der Landeshauptstadt.

Von den 17.282 nicht hier wohnhaften Tatverdächtigen kamen 7,2 % zur Straftatenbegehung nach München; 14,8 % befanden sich zu Besuch oder auf Urlaubsreise.

Tatverdächtigenbelastungszahl Die TVBZ⁶ Nichtdeutscher war auch 2002 mit einem Wert von 6.074 mehr als doppelt so hoch wie die der deutschen Bevölkerung mit 2.907. Die Straftaten nach dem Ausländer- und Asylverfahrensgesetz blieben dabei unberücksichtigt.



Asylbewerber

Ohne die Straftaten nach dem AuslG und AsylVerfG zu berücksichtigen waren 6,9 % der nichtdeutschen Tatverdächtigen Asylsuchende.

⁶ Die Tatverdächtigenbelastungszahl (TVBZ) errechnet sich aus der Zahl der ermittelten TV pro 100.000 gemeldeten Einwohnern der jeweiligen Bevölkerungsgruppe. Kinder unter 8 Jahren werden nicht berücksichtigt.

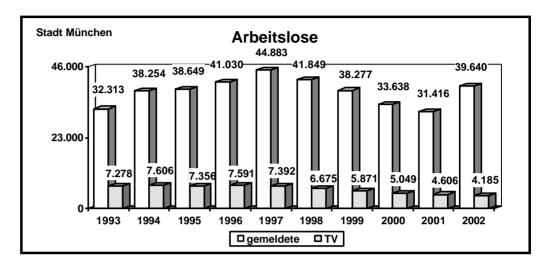
Arbeitslose TV

Obwohl sich die Zahl arbeitslos Gemeldeter⁷ gegenüber dem Vorjahr um 26,2 % erhöhte, reduzierte sich die der arbeitslosen TV⁸ um 9,1 %.

Arbeitslosigkeit als Kriminalitätsursache scheint immer weniger eine Rolle zu spielen.

Tatsächlich veränderte sich das Verhältnis zwischen arbeitslos Gemeldeten und arbeitslosen Tatverdächtigen innerhalb der letzten 10 Jahre von etwa 4:1 auf 9:1.

Im Langzeitvergleich nahmen die weiblichen arbeitslosen TV nicht so deutlich wie die männlichen ab. Bei gefährlichen/schweren Körperverletzungen sowie Leistungserschleichungen fallen höhere Zahlen weiblicher arbeitsloser TV auf.



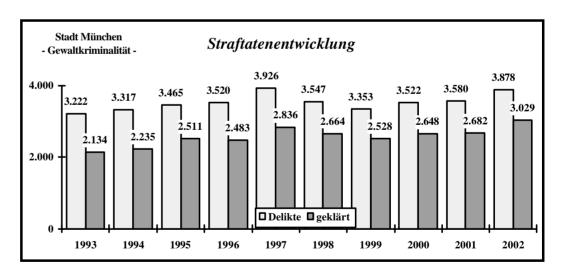
1.2.4 Gewaltkriminalität 9

Gewaltkriminalität steigt weiter

Mit 3.878 Delikten nahm die Gewaltkriminalität erneut deutlich (8,3 %) zu. Aufgeklärt wurden 78,1 % der Gewalttaten.

Im 10-Jahresvergleich ergibt sich ein überproportionaler Anstieg um 20,4 %, während die Gesamtkriminalität um 1,6 % abnahm.

Ihr Anteil an allen Straftaten wuchs von 2,8 % auf 3,5 % an.

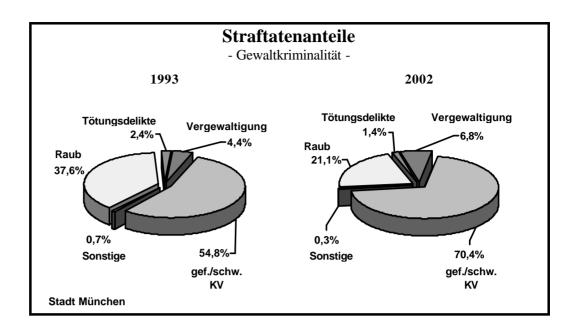


Struktur der Gewaltkriminalität Die Struktur der Gewaltkriminalität veränderte sich langfristig erheblich. Bei den gefährlichen/schweren Körperverletzungen stieg der Anteil um 15,6 %-Punkte auf 70,4 %, bei den Raubdelikten fiel er um 16,5 %-Punkte auf nun 21,1 %.

 $^{^{7}} Arbeits los \ ist, \ wer \ beim \ Arbeits amt \ arbeits los \ gemeldet \ ist \ und \ dem \ Arbeits markt \ zur \ Verfügung \ steht.$

⁸ Die Angabe, ob ein TV arbeitslos ist, erfolgt auf Frage nach Selbsteinschätzung und wird im Regelfall nicht überprüft. Damit können sich z.B. auch Hausfrauen, Studenten oder Schüler so bezeichnen, obwohl dies nicht der Legaldefinition der Bundesanstalt für Arbeit entspricht.

 $^{^9\,} Vors \"{a}tz liche \, T\"{o}tungs delikte, \, Raub, \, Vergewaltigung, \, gef\"{a}hrliche/schwere \, K\"{o}rperverletzung \, sowie \, Geiselnahme.$



Alle 10 vollendeten und 33 der 35 versuchten vorsätzlichen *Tötungsdelikte* ¹⁰ wurden geklärt.

Leichter Zuwachs der Raubdelikte

Nach starken Rückgang der *Raubstraftaten* im Vorjahr (-6,2 %) stiegen sie nun um 2,1 % auf 819 Delikte an.

54,6 % (55,6 %) dieser Straftaten konnten geklärt werden. Während sich die Zahl der Raubtatverdächtigen um 5,7 % auf 595 verringerte, blieb die der 330 nichtdeutschen TV unverändert. Ihr Anteil an allen Raubtatverdächtigen erreichte damit 55,5 % (52,3 %).

Anfang November wurden drei Filialen derselben Bank von einem unbekannten bewaffneten Täter überfallen. Bei der letzten Tat hatte er sich mit einem Unterarmdurchschuss selbst verletzt, konnte aber flüchten. Durch einen Hinweis aus der Bevölkerung konnte ein 48-jähriger arbeitsloser Bürokaufmann ermittelt werden, dessen Aufenthaltsort jedoch unbekannt war.

Zielfahndungsbeamte stellten seinen Aufenthaltsort bei der 40-jährigen arbeitslosen Lebensgefährtin in Passau fest. Dort nahmen ihn Beamte eines Sondereinsatzkommandos fest. Motiv für die Überfälle, bei denen ihn seine Lebensgefährtin als Fahrerin unterstützte, waren in seiner Heroinsucht begründete Geldschwierigkeiten.

Mehr Sexualdelikte

Die Zahl der registrierten Vergewaltigungen 11 stieg 2002 um 6,0 % auf 264 Delikte an; 222 konnten geklärt werden. Die Aufklärungsquote beträgt 84,1 %.

207 Tatverdächtige wurden ermittelt, 22 TV mehr als im Vorjahr. Während 4 deutsche TV weniger festgestellt wurden, erhöhte sich die Zahl nichtdeutscher TV um 26 auf 121 TV. Dies entspricht einem Anteil von 58,5 % (51,4 %) in diesem Deliktsbereich.

Von den 266 Vergewaltigungsopfern waren 80 (67) Nichtdeutsche. Hier zeigt sich zunehmendes Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden und Wirkung unserer Aufklärungs- und Präventionsbemühungen.

Mehr als ¹/₅ der Vergewaltigungen in der Partnerschaft In der Partnerschaft fanden 22,7 % aller Vergewaltigungen statt. In 16 Fällen (6,1 %) wurden Frauen Opfer einer Vergewaltigung durch den Lebensgefährten, in 44 (16,7 %) durch den Ehepartner.

Hier wird auf die tatsächlichen Fallzahlen (Eingangsstatistik) zurückgegriffen, weil aufgrund der langen Ermittlungszeiten die statistische Erfassung zum Teil erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt.

¹¹ Im Rahmen der Strafrechtsänderung zum 01.08.97 wurden die ursprünglichen §§ 177, 178 StGB zu einem Straftatbestand zusammengefasst. Damit ist ein Vergleich zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

DNA-Analyse

Im Juli 1999 wurde eine 68-jährige Frau, im Treppenhaus ihres Wohnanwesens brutal überfallen und vergewaltigt. Am Tatort konnte eine DNA-Spur des unbekannten Täters gesichert werden.

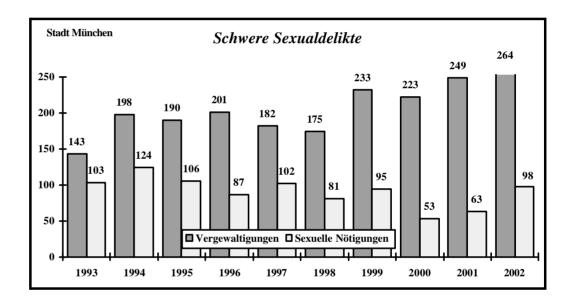
Eine 42-jährige Frau betrat im Januar 2002 in den Abendstunden die Waschküche in der von ihr bewohnten Pension, als ein 36-jähriger Arbeitsloser von hinten auf sie zutrat und versuchte, in Vergewaltigungsabsicht ihr die Kleidung vom Leib zu reißen.

Aufgrund heftiger Gegenwehr und Hinzukommen einer Zeugin, ließ der Täter von seinem Opfer ab. Herbeigerufene Polizeibeamte konnten den ebenfalls in der Pension wohnenden Tatverdächtigen ermitteln und festnehmen.

Bei der Fallzusammenführung und Beweissicherung erwiesen sich die Möglichkeiten der **DNA-Analyse**¹² wieder als sehr bedeutend.

Trotz erheblicher Auffälligkeit des gewalttätigen drogenabhängigen Tatverdächtigen, der bereits wegen Körperverletzung, Exhibitionismus, Beleidigung auf sexueller Basis und Rauschgiftdelikten auffiel, war es bis dahin aus Rechtsgründen nicht möglich seine DNA zu bestimmen.

Um dieses hervorragende kriminaltechnische Instrument optimal nutzen zu können müssen bundesweite Standards erreicht werden, die denen der Daktyloskopie gleichen.



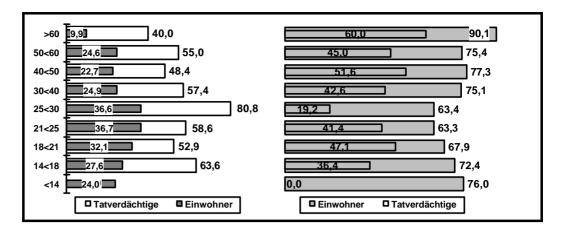
Die 98 angezeigten sexuellen Nötigungen, stellen einen markanten Anstieg um 55,6 % dar.

Die nachfolgende Grafik zeigt in allen Altersgruppen eine deutliche Überrepräsentanz nichtdeutscher TV, besonders ausgeprägt bei den 25<30-Jährigen.

Stadt München 2002 Altersgruppenvergleich Vergewaltigung
Nichtdeutsche in % Deutsche in %

 $12\,{\bf D}{\rm esoxyribo}{\bf n}{\rm uclein}\,{\bf A}{\rm cid},$ häufig als "genetischer Fingerabdruck" bezeichnet

-



"Angstzonen"

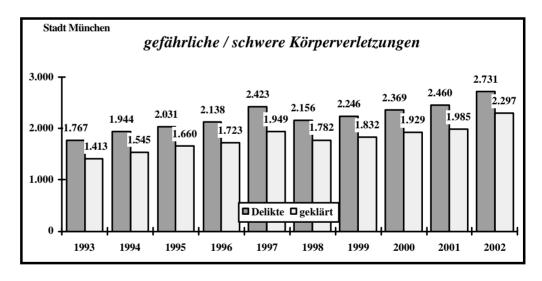
Knapp 6 % der registrierten Vergewaltigungen ereigneten sich in Bahnhöfen, Zügen, Parks oder Tiefgaragen. Die Sicherheit an solchen Örtlichkeiten ist wesentlich besser als gemeinhin angenommen wird.

Gefährliche/schwere Körperverletzungen steigen an Die Zahl der *gefährlichen/schweren Körperverletzungen* erhöhte sich um 11,0 % auf 2.731 Fälle. 84,1 % (80,7 %) der Fälle wurden geklärt.

Innerhalb der letzten 10 Jahre stiegen diese Delikte um 54,6 % an, sicher auch ein Effekt höherer Sensibilität. In 201 Fällen ergriff die Polizei Maßnahmen nach dem GewSchG.

Etwa jeder 6. TV weiblich

542 der 3.320 (2.969) festgestellten Tatverdächtigen, 33,5 % mehr, waren weiblich. Ihr Anteil erreichte dadurch 16,3 % (13,7 %). Den stärksten Zuwachs verzeichneten deutsche 14<18-Jährige, deren TV-Zahlen von 35 auf 73 anstiegen.

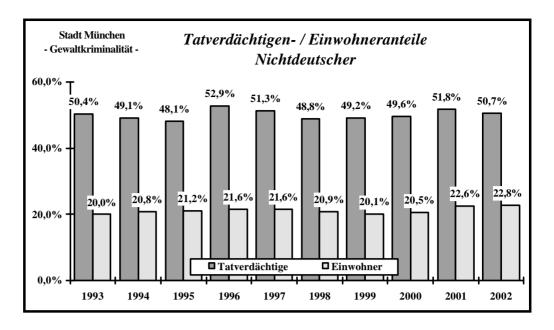


Jeder 2. TV der Gewaltkriminalität ein Nichtdeutscher

4.070 Tatverdächtige der *Gewaltkriminalität* wurden ermittelt, um 8,5 % mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil Nichtdeutscher betrug 50,7 % bei einem Einwohneranteil von 22,8 %.

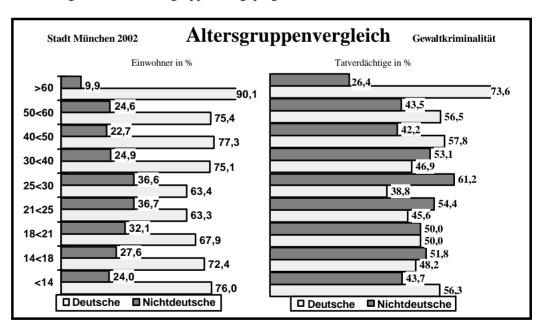
Während weniger Kinder und Jugendliche unter den Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität festzustellen sind, waren bei den Heranwachsenden (+10,6 %) deutliche Steigerungen zu verzeichnen.

Von den 4.070 TV waren 622 weiblich, 28,5 % mehr als 2001. Ihr Anteil an allen TV betrug 15,3 % (12,9 %).



Doppelstaatsangehörigkeit Die Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht¹³ lassen langfristig eine Verschiebung der Anteile deutscher und nichtdeutscher Tatverdächtiger erwarten. Etliche bisher als Nichtdeutsche Erfasste werden zunehmend als deutsche TV in der Statistik ausgewiesen. Die absoluten Zahlen sind naturgemäß noch gering; im vergangenen Jahr hatten 70 (47) Tatverdächtige der Gewaltkriminalität neben der deutschen eine weitere Staatsangehörigkeit.

Im Bereich der Gewaltkriminalität zeigt sich die Überrepräsentanz nichtdeutscher Tatverdächtiger in allen Altersgruppen ausgeprägter als bei den Gesamtstraftaten.

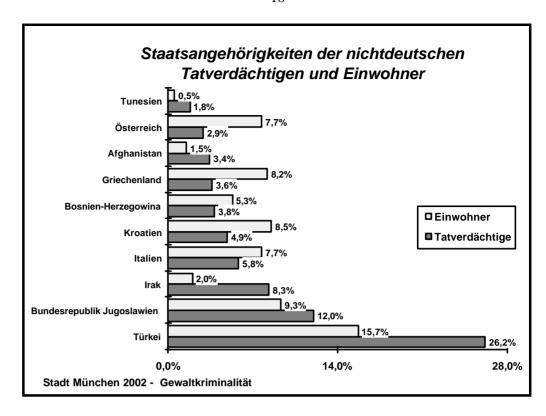


Staatsangehörige der Türkei, der Bundesrepublik Jugoslawien¹⁴, des Irak, Afghanistan und Tunesien treten im Bereich der Gewaltkriminalität häufiger als ihrem Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung entsprechend auf.

٠

¹³ Seit 01.10.99 können für einen TV mehrere Staatsangehörigkeiten in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden. Davon wird die deutsche stets als erste Staatsangehörigkeit registriert.

¹⁴ Serbien und Montenegro



Die nachstehende Aufstellung differenziert die nichtdeutschen Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität nach ihrem jeweiligen Aufenthaltsstatus im Vergleich zum Stand vor 10 Jahren.

Stadt München - Gewaltkriminalität	19	93	2002		
Nichtdeutsche Tatverdächtige insgesamt	1.436	100,0%	2.065	100,0%	
- davon illegaler Aufenthalt	39	2,7%	35	1,7%	
- davon legaler Aufenthalt	1.397	97,3%	2.030	98,3%	
unter legal					
- Stationierungsstreitkräfte	9	0,6%	11	0,5%	
- Touristen / Durchreisende	61	4,2%	80	3,9%	
- Studenten / Schüler	153	10,7%	371	18,0%	
- Arbeitnehmer	519	36,1%	733	35,5%	
- Gewerbetreibende	30	2,1%	45	2,2%	
- Asylbewerber	278	19,4%	149	7,2%	
- Sonstiger Grund od. unbekannt*	347	24,2%	641	31,0%	

^{*}darunter werden u. a. erfasst: Erwerbslose, nicht anerkannte Asylbewerber, Flüchtlinge u. a. Personengruppen.

Der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger mit illegalen Aufenthalt ging im 10-Jahresvergleich auf 1,7 % zurück.

Auffallend ist die Zunahme tatverdächtiger Studenten/Schüler und Arbeitnehmer mit legalem Aufenthalt.

1.2.5 Straftaten im öffentlichen Personennahverkehr¹⁵

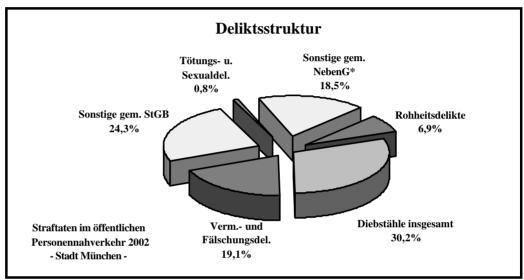
Straftatenaufkommen unverändert

Mit 3 Straftaten weniger blieben die 13.033 im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs bekannt gewordenen Straftaten auf Vorjahresniveau.

Wegen vieler Großereignisse, die starkem Personaleinsatz erforderten, reduzierten sich die Einsatzstunden der Beamten des Polizeipräsidiums im MVV-Bereich um 11,6 % auf 104.590.

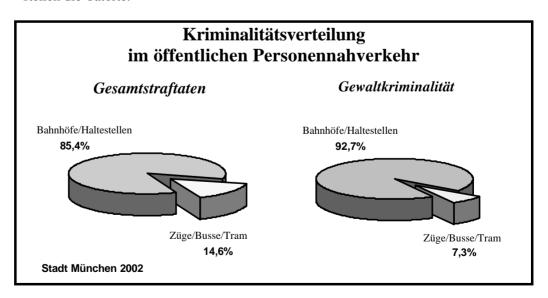
Auswirkungen zeigte dies bei Kontrolldelikten. Die Betäubungsmittelkriminalität ging beispielsweise um 13,6 % zurück. Dagegen musste bei der Gewaltkriminalität eine Steigerung um 9,8 % und bei Taschendiebstählen um 23,5 % registriert werden.

Die 346 Fälle der Gewaltkriminalität nehmen einen Anteil von 2,7 % (2,4 %) an allen Straftaten in diesem Bereich ein.



* z.B. Straftaten nach dem AuslG, Betäubungsmittelkriminalität

Vergleichsweise selten kommt es in den Beförderungsmitteln zu Straftaten. In mehr als 90 % bei Gewalttaten und über 80 % der Gesamtstraftaten, sind Bahnhöfe oder Haltestellen die Tatorte.



_

 $^{^{15}\} Umfasst\ Straftaten\ in\ U\text{-, S-, Eisenbahnen, Bussen}\ und\ Straßenbahnen\ sowie\ an\ deren\ Haltestellen$

Polizeiliches Einschreiten

Im Rahmen der Einsatzmaßnahmen führten Polizeibeamte 64.622 (62.030) Identitätsfeststellungen durch und erstellten 6.175 (5.784) Anzeigen.

Außerhalb ihres Dienstes schritten Polizeibeamte in 1.556 Fällen ein.

Ein Kriminalbeamter bemerkte in der U-Bahn einen Mann, der ihm von Fotos als Taschendieb bekannt war. Der Beamte beobachtete die Person, die mehrmals ziellos hinund herpendelte und offensichtlich Kontakt zu Fahrgästen suchte. Beim Versuch in deren Taschen zu greifen wurde er von dem Beamten festgenommen. Dem Festgenommenen konnten eine Reihe von Taschendiebstählen nachgewiesen werden. Der Richter erließ Haftbefehl.

Zwei Polizeibeamtinnen warteten am Bahnhof auf die S-Bahn, als etwa 20 Meter entfernt ein Mann infolge eines epileptischen Anfalls, auf die Gleise stürzte. Die ankommende S-Bahn fuhr ein. Während eine Beamtin der S-Bahn entgegenlief und den Fahrer durch Winken zum Bremsen veranlasste, sprang die Andere mit einer weiteren unbekannten Person auf die Gleise. Beiden gelang es im letzten Moment den Mann vor dem einfahrenden Zug auf den Bahnsteig zu heben. Die Polizeibeamtin wurde von der S-Bahn noch an der Jacke gestreift, blieb aber unverletzt.

Das beherzte Eingreifen rettete dem Mann vermutlich das Leben. Durch den Sturz zog er sich eine stark blutende Kopfwunde zu, die ärztlich versorgt werden musste.

1.2.6 Straßenkriminalität 16

Straßenkriminalität rückläufig

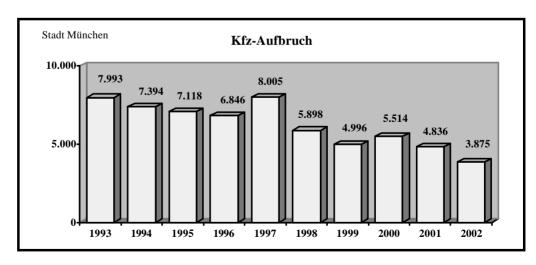
Der seit Jahren anhaltende Rückgang der Straßenkriminalität setzte sich weiter fort. 22.471 Fälle wurden gezählt, 4,5 % weniger als im Jahr zuvor. Damit betrug der Anteil der Straßenkriminalität an allen Straftaten 20,1 %. Vor 10 Jahren waren dies noch 30,5 %.

Die Aufklärungsquote erhöhte sich um 1,8 %-Punkte auf 29,0 %.

Die abnehmende Tendenz setzte sich vor allem bei Kfz-Delikten, speziell bei Kfz-Aufbrüchen, fort.

3.875 solcher Delikte, 19,9 % weniger als im Vorjahr, wurden erfasst. Vor 10 Jahren lag dieses Deliktsvolumen noch um 51,5 % höher.

Die Gründe für diese Entwicklung dürften insbesondere in der verbesserten Sicherungstechnik, der polizeilichen Präsenz, aber auch in der Sättigung der Absatzmärkte liegen.



¹⁶ Straftaten, die sich im öffentlichen Raum ereignen und daher am ehesten durch polizeiliche Maßnahmen beeinflussbar sind. Deliktsbereiche im Einzelnen: Vergewaltigung, sex. Missbrauch von Kindern, Exhibitionismus, Raub, gefährliche Körperverletzung, Einbruch, Diebstähle rund um das Kfz, Automaten- und Fahrraddiebstahl.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden mit 512 Kraftfahrzeugdiebstählen 13,9 % weniger Delikte verzeichnet. Die Verschiebung teurer Modelle spielt aber noch immer eine Rolle (Vergl. Ziff.2.2).

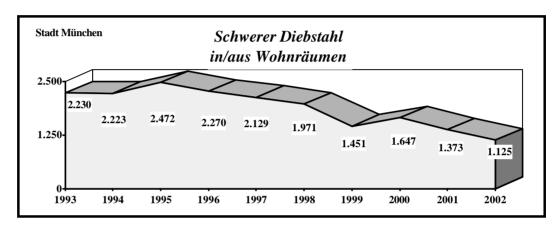
Bei den Fahrraddiebstählen setzte sich der langfristige Abwärtstrend fort. Mit 5.649 Fällen gingen sie um 1,9 % zurück. Die Aufklärungsquote betrug 14,2 % (14,4 %).

Einbruchdiebstähle leicht rückläufig

Die Zahl der **Einbruchdiebstähle**¹⁷ verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % auf 5.579 Fälle. Innerhalb der letzten 10 Jahre beträgt der Rückgang 31,5 %.

Erfreulich wirkt sich dieser auf die Wohnraumeinbrüche aus. Im vergangenen Jahr wurden 1.125 Fälle angezeigt, 18.1 % weniger.

Bei diesen, den Bürger besonders in seiner Privatsphäre beeinträchtigenden Straftaten wurde damit der niedrigste Stand der letzten 10 Jahre erreicht.



Im Februar stieg ein unbekannter Täter über die Terrassentüre in eine Erdgeschosswohnung ein, durchsuchte alle Räume und entwendete Schmuck und einen Videorekorder. Aufgrund einer am Tatort festgestellten Fingerspur, konnte ein 36-jähriger Arbeitsloser als Spurenverursacher ermittelt werden. Bei einer anschließenden Wohnungsdurchsuchung, kam zwar kein Diebesgut aber mehrere Gramm Heroin zum Vorschein. Im Zuge der Ermittlungen konnten dem Täter ein weiterer Wohnungs-, 4 Keller- und 2 Büroaufbrüche sowie diverse Ladendiebstähle nachgewiesen werden.

Zuwachsraten waren bei Keller- (um 12,7 % auf 1.179 Fälle), und bei Büroeinbrüchen (um 9,8 % auf 1.529 Fälle) festzustellen.

1.2.7 Straftaten gegen das Eigentum oder Vermögen

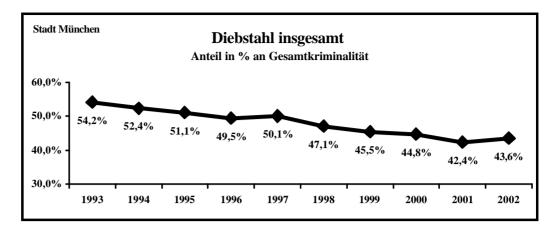
Diebstahlsniveau weiter niedrig

Langfristig ging der Anteil der Diebstähle an der Gesamtkriminalität erheblich zurück. Er beträgt jetzt 43,6 %; vor 10 Jahren lag er noch bei 54,2 %.

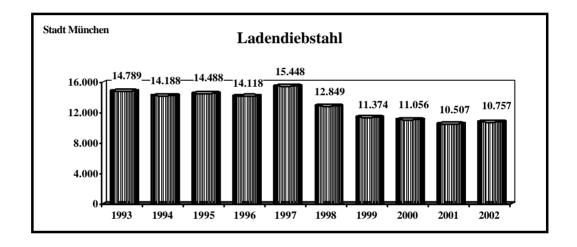
48.838 Diebstähle wurden registriert, 1,5 % weniger als im Vorjahr.

Dabei nahmen die schweren Diebstähle um 6,8 % auf 15.391 Fälle ab und die einfachen um 1,2 % auf 33.447 Fälle zu.

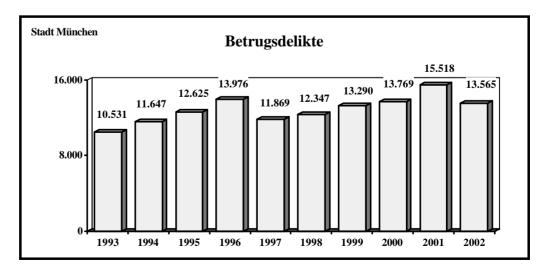
¹⁷ darunter fallen u.a. in/aus Büros, Gaststätten, Kiosk, Geschäfte, Schaufenster, Wohnräume, Keller, Baustellen, Kirchen



Leichter Anstieg der Ladendiebstähle Nach Jahren sinkender Fallzahlen wurden 2002 wieder mehr Ladendiebstähle angezeigt. Die Zahlen erhöhten sich um 2,4 % auf 10.757 Straftaten. Ihre Deliktszahl ist stark vom Anzeigeverhalten und der Wirksamkeit geschäftseigener Sicherungsmaßnahmen abhängig.

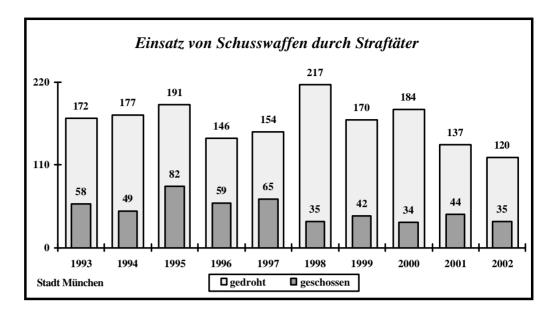


Mehr Betrügereien Im 10-Jahresvergleich entwickelten sich die Betrugsdelikte stetig nach oben. Lediglich gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang um 12,6 % auf 13.565 Fälle zu verzeichnen. Unerwartet nahm die Zahl der Betrügereien mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel um 10,9 % auf 3.908 Fälle ab. Aber auch dieser Bereich ist stark vom Anzeigeverhalten geprägt.



1.2.8 Einsatz von Schusswaffen¹⁸

120 mal bedrohten Straftäter ihre Opfer mit Schusswaffen. In 35 Fällen schossen sie.



2002 erfolgte bei der Festnahme von Betäubungsmitteltätern ein gezielter polizeilicher Schusswaffengebrauch, bei dem es keine Verletzten gab.

 $^{^{18}\,\}mathrm{Echte}$ oder scheinbar echte Schusswaffen

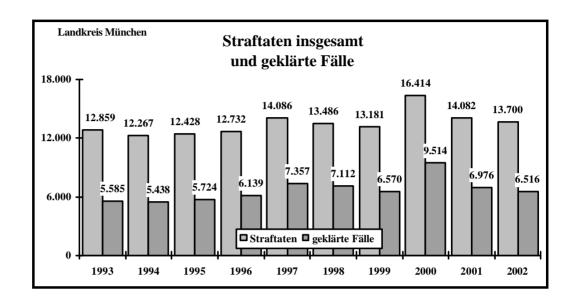
1.3 LAGE LANDKREIS MÜNCHEN

Straftatenrückgang

13.700 Straftaten wurden registriert, 2,7 % weniger als im Vorjahr.

Damit entfielen 10,9 % (10,8 %) der im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München begangenen Straftaten auf den Landkreis.

Die Aufklärungsquote betrug 47,6 % (49,5 %).



Weniger Gewaltkriminalität

Trotz des Rückganges um 2,2 % auf 272 Fälle, blieb das hohe Niveau des Vorjahres bei der *Gewaltkriminalität* nahezu erhalten. 82,4 % (84,9 %) der Straftaten konnten geklärt werden.

Obwohl um 2,0 % weniger gefährliche/schwere Körperverletzungen angezeigt wurden, handelt es sich bei den 194 Fällen weiterhin um den Deliktsschwerpunkt in diesem Bereich.

Mehr als ¹/₃ der Tatverdächtigen sind Jugendliche Von den 372 (341) ermittelten Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität waren 134 (115) Nichtdeutsche. Damit erhöhte sich ihr Tatverdächtigenanteil auf 36,0 % (33,7 %). Anders als in der Stadt München war ein deutlicher Anstieg der jugendlichen Tatverdächtigen, um 48,8 % auf 128 TV, festzustellen. Ihr Anteil an allen Tatverdächtigen wuchs dadurch auf 34,4 % (25,2 %) und liegt damit erheblich über dem der gleichen Altersgruppe in der Stadt (17,3 %).

Straßenkriminalität rückläufig

Auch im Landkreis fielen weniger Delikte der *Straβenkriminalität* an. 3.764 Straftaten wurden gezählt, 7,8 % weniger als 2001. Die Aufklärungsquote betrug 14,9 % (21,3 %). Dabei nahm die Zahl der Diebstähle rund um das Kfz um 26,4 % ab und die der Einbruchsdelikte um 4,6 % zu. Zurückzuführen ist dies insbesondere auf mehr Keller-(+37,6 %) und Büroaufbrüche (+16,7 %).

Auch die Fahrraddiebstähle erhöhten sich. 1.301 Fälle sind um 4,0 % mehr als im Jahr 2001.

2. BESONDERE FORMEN DER KRIMINALITÄT18

2.1 RAUSCHGIFT- UND BESCHAFFUNGSKRIMINALITÄT

• Polizeipräsidium München

Trotz Rückgang Keine Trendwende Die Zahl der Rauschgiftdelikte nahm um 13,7 % auf 5.232 Delikte ab. Der Rückgang ist im Zusammenhang mit den personalintensiven Großveranstaltungen zu sehen. Die Einsatzstunden mussten dadurch um 17,7 % auf 20.832 reduziert werden. Je nach Einsatzlage werden die Kontrollen wieder intensiviert. Innerhalb der letzten 10 Jahre beträgt der Deliktsanstieg knapp 30 %.

Drogentote

65 Personen (2001:66; 2000:89; 1999:62; 1998:74) fielen Drogen zum Opfer.

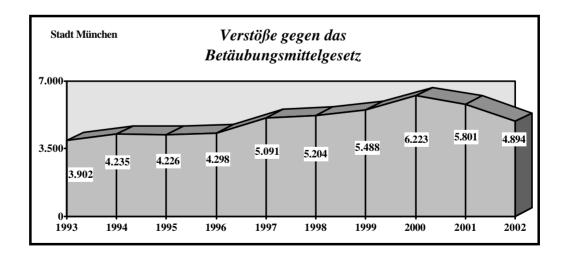
Bei dem jüngsten Drogenopfer handelt es sich um ein 17-jährige Mädchen. Es wurde nach Heroinkonsum vom Notarzt in eine Münchner Klinik eingeliefert und verstarb zwei Stunden später an einem Herz-/Kreislaufstillstand.

4.846 Tatverdächtige, 13,0 % weniger als im Jahr zuvor, wurden festgestellt. Dennoch sind mehr Kinder (18 TV insgesamt) aufgefallen.

Der Altersschwerpunkt bei den 3.243 deutschen Tatverdächtigen liegt bei den Heranwachsenden mit einem Anteil von 26,0 %. Bei den 1.603 nichtdeutschen TV sind die 21- bis unter 25-Jährigen mit einem Anteil von 24,8 % am stärksten vertreten.

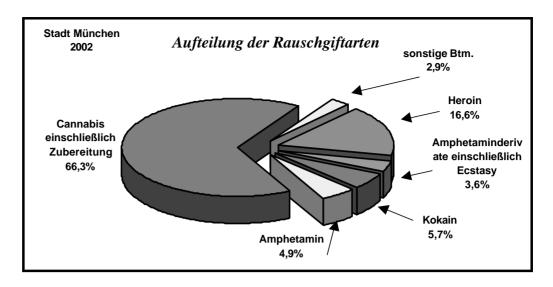
• Stadt München

2002 fiel die Zahl der festgestellten Rauschgiftdelikte um 15,6 % auf 4.894 Straftaten. Gegenüber dem Niveau vor 10 Jahren beträgt der Zuwachs 25,4 %. Seit der Grenzöffnung, nahmen die Delikte sogar um mehr als 250 % zu.



Die meisten Delikte stehen im Zusammenhang mit Cannabisprodukten oder Heroin.

¹⁸ Bei verschiedenen Kriminalitätsformen differenziertere Darstellung nach Polizeipräsidiums -, Stadt- und Landkreisbereich untergliedert.



Hohe TV-Anteile mit BTM-Erkenntnissen

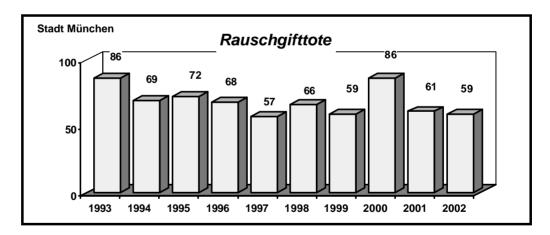
Während sich die Zahl der TV bei Rauschgiftdelikten um 15,0 % auf 4.541 reduzierte, verringerten sich die Straftaten von Personen, die bereits wegen Drogendelikten aufgefallen waren, nicht so deutlich. 10.020 geklärte Straftaten wurden solchen Personen zugeordnet, 12,0 % weniger als im Jahr zuvor. Beispielsweise wurden

- 63,5 % der geklärten schweren Diebstähle in/aus Keller, Speicher
- 61,9 % der geklärten Raubüberfälle auf Straßen,
- 53,8 % der geklärten schweren Diebstähle in/aus Gaststätten, sowie
- 51,5 % der geklärten Raubüberfälle von Handtaschen,

von TV mit Drogenerkenntnissen begangen.

59 Personen, zwei weniger als im Vorjahr, starben an Drogen. 45 Drogentote waren zwischen 31 und 40 Jahre alt.

Nahezu ²/₃ (44) der verstorbenen Betäubungsmittelkonsumenten hatten ihren Wohnsitz in München.



Brennpunkte

Brennpunkte der Rauschgiftkriminalität waren auch im vergangenen Jahr die Bereiche Hauptbahnhof, U-Bahnhöfe Giselastraße, Universität, Münchener Freiheit und Orleansplatz/Ostbahnhof.

Der Kunstpark Ost ist nach wie vor ein Brennpunkt für "Partydrogen".

Mit konsequenten polizeilichen Maßnahmen trat das Polizeipräsidium München jeglicher Verfestigung örtlicher Szenen entgegen. Allein an den genannten Treffpunkten wurden bei 136 (175) Schwerpunkteinsätzen 11.433 (13.688) Personen kontrolliert, 182 (252) zur Fahndung ausgeschriebene Personen festgenommen und 451 (536) Strafanzeigen erstellt.

Ergänzend zu den polizeilichen Maßnahmen haben die bestehenden Kontaktläden besondere Bedeutung. Sie stellen ein unverzichtbares (niederschwelliges) Instrumentarium im Drogenhilfebereich dar. Durch professionelle Hilfe unter medizinischen und sozialen Gesichtspunkten sind diese als Überlebenshilfe zu verstehen. Gesundheitliche Versorgung und soziale Kontakte lassen die Option zur Drogenfreiheit offen.

Landkreis München

Wieder mehr Betäubungsmittelstraftaten Auch ländliche Gebiete sind zunehmend von Rauschgiftkriminalität betroffen. Der Landkreis München bildet hier keine Ausnahme.

Stärker noch wie im Vorjahr (+14,8 %), erhöhte sich die Zahl der Rauschgiftdelikte um 28,0 % auf 338 Fälle.

Gut jeder 2. TV ein Minderjähriger

Von den 337 Tatverdächtigen, 30,6 % mehr als im Jahr zuvor, waren 52,8 % unter 21 Jahren. Diese Altersgruppe stieg um 28,1 % auf 178 TV an.

2002 starben 6 (5) Menschen an Drogen.

2.2 ORGANISIERTE KRIMINALITÄT (OK)

Im Jahr 2002 führte das Polizeipräsidium München insgesamt 15 OK-Verfahren durch. Zu den 7 Verfahren aus dem Vorjahr kamen 8 neue Straftatenkomplexe hinzu. 9 Fälle haben internationale Beziehungen; in 6 Fällen agierten die Tätergruppen deliktsübergreifend.

Die 8 neuen OK-Verfahren richteten sich gegen 157 Tatverdächtige, von denen 53 Nichtdeutsche waren (= 33,7 %).

38 Festnahmen und 33 Haftbefehle konnten vollzogen werden.

In drei Verfahren wirkte das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz mit.

Die Schadenssumme der neuen Verfahren beläuft sich auf 113 Mio. € der von den Tätern erzielte Gewinn auf 106 Mio. €

Die 8 OK-Neuverfahren des Jahres 2002 umfassten folgende Deliktsschwerpunkte

Bildung einer kriminellen Vereinigung durch Osteuropäer	
Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung durch Rocker	1x
Menschenhandel, Zuhälterei u.a.	1x
Aktienbetrug und Kreditbetrug	1x
Organisierte Kfz-Diebstähle (sog. "Homejacking")	1x
Organisierte Kfz-Verschiebungen	1x
Gewerbsmäßige Bandenhehlereien mit Kfz u.a.	2x

In einem Fall der Rotlichtkriminalität schleuste eine 6-köpfige slowakische Gruppierung gewerbsmäßig Frauen nach München. Die aus der Slowakei und der Tschechischen Republik stammenden Frauen wurden hier der Wohnungsprostitution zugeführt,

in Swinger-Clubs und Pornofilmproduktionen eingesetzt. Teilweise kam es zu sexuellen Übergriffen durch Gruppenmitglieder. Am 12.03.2002 erfolgte eine großangelegte Durchsuchungs- und Festnahmeaktion in Täterwohnungen und Clubs in München. Zwei Haupttäter gingen in Haft.

In 7 Fällen des sog. "Homejacking" drangen die Täter zur Nachtzeit in freistehende Nobelhäuser ein, suchten gezielt nach den Fahrzeugschlüsseln und entwendeten damit die auf den Grundstücken geparkten Pkw der Marken Mercedes und BMW. Von den Einbrüchen bekamen die in allen Fällen anwesenden Hausbewohner nichts mit.

Ein Münchner Mercedes konnte, zusammen mit zwei in Norddeutschland auf gleiche Weise entwendeten Kfz, in Flensburg vor seiner Verschiebung nach Skandinavien sichergestellt werden. Die festgenommenen russischen Kuriere gehörten einer Tätergruppe an, die organisiert Luxusfahrzeuge "auf Bestellung" entwendeten, umfrisierten und anschließend ins Ausland verbrachten.

Ähnliche Diebstahlserien waren im norddeutschen Raum sowie im benachbarten westlichen Ausland festzustellen.

Mit welchen Maßnahmen Geldsummen im Bereich der organisierten Wirtschaftskriminalität gewonnen werden, zeigt beispielhaft nachfolgendes Verfahren wegen Aktien- und Kreditbetrugs.

Ein Geschäftsführer einer insolventen Münchner GmbH überzog - unterstützt von Steuer-/Wirtschaftsberatern und Rechtsanwälten - seine Gläubiger mit aussichtslosen Zivilverfahren, um sich einen Zeitvorsprung für die Umwandlung seiner GmbH in eine AG zu verschaffen.

Mit gefälschten Bilanzen und Buchhaltungsunterlagen, sowie fingierten Umsätzen, wurden zuerst geldgebende Banken betrogen und ein Börsengang avisiert; später unter Mitwirkung einer Vermögensberatungsgesellschaft weiteres Kapital von privaten Anlegern erschlichen.

Ein tatsächlicher Börsengang dieser betrügerischen AG konnte im letzten Moment verhindert werden. Der durch das Zusammenwirken aller Tatverdächtigen entstandene Schaden beläuft sich auf ca. 100 Mio. €

Neben anderen Großverfahren (WABAG, Comroad, EM.TV) wurden insbesondere Korruptionsermittlungen mit hoher Priorität geführt.

Allein 2002 gingen 40 neue Korruptionsverfahren von der StA München I zur Bearbeitung ein. 101 Fälle aus dem Vorjahr konnten abgeschlossen werden.

Die Ermittlungen richten sich gegen rund 500 Beschuldigte bei ca. 450 Firmen. Bei 54 Durchsuchungsaktionen wurde in 174 Objekten (Büros, Wohnungen, Geschäftsräume u.a.) Beweismittel gefunden und sichergestellt.

Ermittlungsschwerpunkte liegen weiterhin nach Preisabsprachen in Kartellverfahren.

Die Arbeitsgruppe "Stütze" hat ihre Ermittlungen wegen Korruption beim Sozialamt München erfolgreich abgeschlossen.

Dort hatte eine Beamtin im Zusammenwirken mit zwei Sozialhilfeempfängern innerhalb mehrerer Jahre durch Bestechlichkeit, Betrugs- und Untreuehandlungen der Landeshauptstadt München einen Schaden in Höhe von ca. 400.000 €zugefügt.

Die drei Haupttäter wurden bereits zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt.

2.3 WIRTSCHAFTSKRIMINALITÄT

In der Wirtschaftskriminalität gewinnt der Markt rasant fortschreitender IuK ¹⁹-Technik mit seinen vielfältigen Ausprägungen immer mehr an Bedeutung.

-

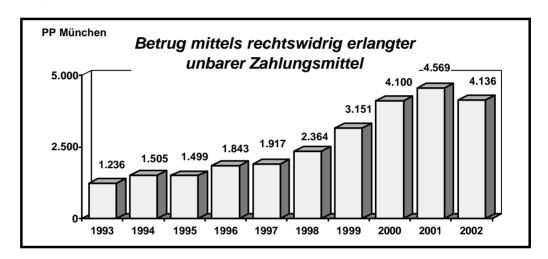
¹⁹ Information und Kommunikation

"Neuer Markt" Kursbetrug und Insiderhandel Ein Ehepaar als Verantwortliche einer Firma für Telematik und drahtlose Telekommunikationsdienste entschloss sich zum Börsengang seiner Aktiengesellschaft. Die Aktien wurden am sog. "Neuen Markt" zugelassen und Ende 1999 erstnotiert.

Nach dem Börsengang trieben die Beschuldigten, durch Veröffentlichung falscher Umsatzzahlen, den Aktienkurs bis zum Zehnfachen des Ausgabepreises in die Höhe. So wurden für 2001 Umsatzerlöse ausgewiesen, die zu mehr als 96 % auf eine nicht existente Firma in Hongkong entfielen. Durch die vorgespiegelten Umsätze und Gewinne, sowie Umsatz- und Gewinnprognosen erwarb das von der Geschädigten Concord Effekten AG geführte Bankenkonsortium Aktien der Comroad AG von über 51 Mio. €, die einem hierfür eingerichteten Sonderkonto der Comroad AG gutgeschrieben wurden. Das Ehepaar erlangte durch Insidergeschäfte knapp 30 Mio. €, von denen 20 Mio. € nach Gewinnabschöpfungsmaßnahmen wieder beigebracht werden konnten. Gegen beide wurden hohe Haftstrafen verhängt.

Unbare Zahlungsmittel Der Trend zum "Plastikgeld" ist weiterhin ungebremst. Nach Angaben Beteiligter sind derzeit etwa 112 Mio. Zahlungskarten in Deutschland emittiert.

2002 wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik 4.136 Fälle des Betrugs mit rechtswidrig erlangten unbaren Zahlungsmittel ausgewiesen, 9,5 % weniger als im Vorjahr, aber 234,6 % über dem Niveau vor 10 Jahren.



Der Schwerpunkt der polizeilichen Ermittlungen bei Betrugsdelikten mittels rechtswidrig erlangter unbarer Zahlungsmittel liegt - wie auch bereits im vergangenen Jahrim Bereich des Elektronischen Lastschriftverfahrens (ELV), zweifellos einer sehr kundenfreundlichen, aber auch manipulierbaren, Zahlungsart. An den bereits mehrfach festgestellten Sicherheitsrisiken hat sich kaum etwas geändert. Hinzu kommt eine zunehmende Sorglosigkeit seitens der Karteninhaber hinsichtlich Aufbewahrung und Schutz der Zahlungskarte. Straftäter gelangen bei Taschendiebstahl, Diebstahl von Handtaschen in Kaufhäusern und öffentlichen Verkehrsmitteln sowie bei Diebstahl am Arbeitsplatz (Büros, Kliniken u.a.) in nicht wenigen Fällen an Karte und Persönliche Geheimnummer (PIN).

Beispielhaft belegt dies ein Sammelverfahren mit drei Tätern, das Ende 2002 abgeschlossen werden konnte. Einer der Täter hatte sich auf den Diebstahl der Karten spezialisiert. Überwiegend in Kliniken im süddeutschen Raum entwendete er Ärzten, Krankenschwestern sowie Verwaltungspersonal die Zahlungskarten, die später von den beiden Mittätern zu insgesamt 447 Betrugsumsätzen im sogenannten Lastschriftverfahren eingesetzt wurden. Der Schaden betrug mehr als 70.000 €

Mehr Betrügereien sind mittels rechtswidrig erlangter Debitkarten mit PIN (also Nutzung der Bankkarten an Geldausgabeautomaten) zu registrieren. Dabei bieten die Videoaufzeichnungen an den Geldautomaten gute Ermittlungsansätze und tragen wesentlich zur Aufklärung dieser Straftaten bei.

Einer Ausweitung der Videoaufzeichnungen an Geldausgabeautomaten stehen leider allgemeine Sparmaßnahmen der Bankinstitute im Wege.

Auch der Diebstahl der Karten auf dem Postwege sowie aus dem Briefkasten gewinnt an Bedeutung, da der Täter die Unterschrift eigenhändig auf der jeweiligen Karte anbringen kann.

Ende 2002 konnte ein Pärchen überführt werden, welches einem Mitbewohner die neu zugestellte EC-Karte aus dem Briefkasten gestohlen und diese 36mal in verschiedenen Handwerkermärkten zur Bezahlung der für die Wohnungsrenovierung gekauften Waren einsetzte.

Oftmals sind vergessene Zahlungskarten Ausgangspunkt für Betrugshandlungen durch untreues Kassenpersonal.

So erstattete ein Kreditkartenherausgeber Strafanzeige, weil bei Kartenabrechnungen festgestellt wurde, dass zwischen den von den Karteninhabern selbst veranlassten Umsätzen wiederholt weitere Transaktionen mit den Kartendaten erfolgten. Zudem fiel auf, dass dazu die Kartendaten stets manuell eingegeben worden waren. Ein untreuer Kellner konnte ausgemittelt werden, der die überreichten Kreditkarten zu weiteren "fiktiven" Umsätzen missbrauchte und sich dadurch ein Zubrot von weit über 20.000 €verdiente.

Ein 32-jähriger, arbeits- und berufsloser Deutscher erlangte insgesamt 5 Kreditkarten von Geschädigten, zu denen er zum Teil den persönlichen Kontakt suchte oder die er während seiner vielen Bahnreisen bestahl. Diese setzte er in einem Zeitraum von einem halben Jahr europaweit zu 1.244 Zahlungsvorgängen im Zugverkehr (überwiegend in Zugrestaurants) bei Fluggesellschaften und Reiseunternehmen ein und verursachte so einen Schaden von über 75.000 €

Kontoeröffnungsbetrug

2002 waren wieder eine Reihe von Kontoeröffnungs- und Scheckbetrügern zu beobachten. In den Sommermonaten wurden vermehrt Verrechnungs- und Orderschecks auf dem Postwege nach Italien gestohlen und auf verschiedene, teils unter falschen Personalien bei Banken in München eröffneten Konten, zur Gutschrift im Nennwert von 512.599,38 €eingereicht. In allen Fällen konnten dazu die Täter ermittelt, 6 davon festgenommen werden. Daraufhin wurden keine derartigen Straftaten mehr angezeigt.

Internetkriminalität

Ein wachsendes Problemfeld stellt der betrügerische Einsatz sog. WEB-Dialer²⁰ dar. Prinzipiell handelt es sich bei diesen Dialern um nützliche Hilfsprogramme mit denen, ohne Angabe persönlicher Daten, kostenpflichtige Internetangebote abgerufen und unkompliziert über Telefonrechnung bezahlt werden können.

Diese Art der Zahlungsabwicklung wird vermehrt durch unseriöse Anbieter missbraucht.

Hierzu werden Seiten ins Internet gestellt, bei deren bloßen Aufruf, ohne Zutun und unbemerkt vom Anwender, das Dialerprogramm heruntergeladen und gestartet wird. Da für jeden Verbindungsaufbau Kosten zwischen 25,-- bis 50,-- €in Rechnung gestellt werden, lohnt sich für den Besitzer des Webdialer bereits die einmalige Veranlassung eines manipulierten Verbindungsaufbaus.

Ist dann ein Internetnutzer einem dieser unseriösen Anbieter auf den Leim gegangen und erstattet einen Monat später nach Erhalt seiner Telefonrechnung Strafanzeige, so kann in den meisten Fällen nicht mehr nachvollzogen werden, wie es im Detail zur Anwahl der teuren Servicenummer kam. Startet man den auf der Festplatte des Geschädigten noch gespeicherten Webdialer, so verhält er sich vollkommen regelkon-

 $^{20\,} WEB\text{-}Dialer = ein\ voreingestellter\ gebührenpflichtiger\ Zahlmechanismus$

form, der Anwender wird deutlich auf die entstehenden Kosten hingewiesen und muss einen gewünschten Verbindungsaufbau in der Regel zwei mal bestätigen.

Ein aktueller Fall zeigt, wie durch vielschichtige Firmenverflechtungen versucht wird, das Führen eines Tatnachweises durch die Verfolgungsbehörden zu erschweren bzw. gänzlich zu vereiteln.

Ein Tatverdächtiger war bereits 2001 Mitinhaber einer Holding mit Sitz in Hallbergmoos, die sich mit der Herstellung von Dialern und der Vermietung von 0190-Nummern beschäftigte. Ihr waren weitere fünf Firmen mit ähnlichem Geschäftszweck angeschlossen.

Nachdem es nach Unregelmäßigkeiten zu ersten Ermittlungen kam, gründete er in Spanien eine neue Firma, die 2002 die Rechtsnachfolge der Holding antrat. Ferner ist er Geschäftsführer weiterer Firmen in Eschborn.

Sämtliche von ihm vertriebenen Dialer und vermieteten 0190-Nummern werden über eine weitere Firma mit Sitz in Spanien, wo er auch seinen Wohnsitz hat, abgerechnet. Bei dem dort eingetragenen Geschäftsführer dürfte es sich um einen Strohmann handeln. Die den Dialern zuzurechnenden Internetseiten werden wiederum auf einem Rechner einer der Firmen in Eschborn verwaltet, deren einziger Kunde wiederum die Firma in Spanien ist.

Alle bisher befragten Beteiligten gaben übereinstimmend an, dass der Tatverdächtige der Kopf dieser Firmenverflechtungen sei. Er selbst distanziert sich von einer aktiven Teilnahme an den Geschäftsabläufen. Der TV ist für die Ermittlungsbehörden derzeit nicht greifbar und lässt sich durch eine hier ansässige Rechtsanwältin vertreten. Der durch ihn bereits verursachte Schaden ist noch nicht abschätzbar.

"Autobumser"

Die Ermittlungsgruppe vorgetäuschte Verkehrsunfälle (EG VVU) bearbeitet abgesprochene, fingierte und fiktive Schadenereignisse, bei welchen mehrere Täter zusammenwirken. Vor allem provozierte Unfallgeschehen, bei denen ein Täter das Fehlverhalten eines Verkehrsteilnehmers ausnutzt bzw. ein solches provoziert, um es absichtlich zu einem Zusammenstoß kommen zu lassen, gehören dazu.

Langwierig und kompliziert gestalteten sich die Ermittlungen gegen eine aus 136 Personen (in der Mehrzahl Ungarn) bestehende "Autobumser-Bande". Die Täter hatten zahlreiche überwiegend in München ansässige Versicherungen durch wahrheitswidrige Unfallschilderungen um etwa 635.000 €geprellt. Den Versicherungen wurde jedes Mal ein Auffahrunfall an einer Lichtzeichenanlage geschildert, bei dem einer der Täter mit einem hochwertigen Fahrzeug bei Rotlicht an der Ampel stand und der andere absprachegemäß mit einem kurz vor dem Ereignis erworbenen Fahrzeug auffuhr.

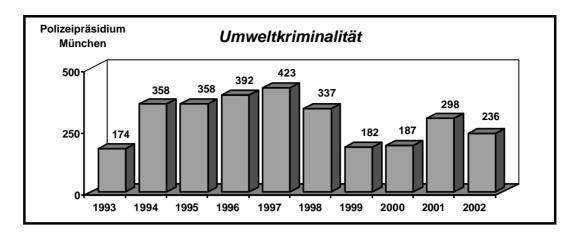
Kopf der Bande war ein 22-jähriger arbeitsloser Deutsch-Ungar, der zu einer hohen Haftstrafe verurteilt wurde. Als "Unfallbeteiligte" rekrutierte er Personen aus seinem Bekanntenkreis, die dann gegen finanzielle Beteiligung bei den Unfällen mitwirkten.

2.4 UMWELTKRIMINALITÄT²¹

• Polizeipräsidium München

2002 ging die Zahl der angezeigten Umweltstraftaten um 20,8 % zurück. 72,0 % (80,2 %) der Delikte konnten geklärt werden.

²¹ beinhaltet: Straftaten gegen die Umwelt, Sprengstoff- und Strahlungsverbrechen, gemeingefährliche Vergiftung, Straftaten in Zusammenhang mit Lebensmitteln und Straftaten gegen Nebengesetze auf dem Umweltsektor.



• Stadt München

2002 wurden 206 (240) Fälle von Umweltkriminalität registriert, 14,2 % weniger als im Vorjahr und 36,4 % mehr als vor 10 Jahren.

An Umweltstraftaten nach dem StGB²² wurden festgestellt:

•	Verunreinigung eines Gewässers	6
•	Unerlaubtes Betreiben von Anlagen	2
•	Umweltgefährdende Abfallbeseitigung	43

Eine Firma zur Veredelung von Metallteilen in Galvanikbädern hatte die Genehmigung, nach einer Vorbehandlung in einer Abwasseraufbereitungsanlage, die gereinigten gewerblichen Abwässer in die öffentliche Kanalisation einzuleiten.

Bei entsprechenden periodischen Überprüfungen der Abwässer wurden erheblich über den zulässigen Werten liegende Konzentrationen festgestellt. Eine daraufhin eingeleitete gemeinsame Durchsuchung von Staatsanwaltschaft, Stadtentwässerung, Umweltreferat und Polizei ergab, dass die Abwasserbehandlungsanlage durch eine entsprechende Vorrichtung umgangen werden konnte. Die belasteten Abwässer gelangten so ohne Vorbehandlung in das öffentliche Kanalnetz.

Die Firma sparte sich über Jahre hinweg Entsorgungskosten in nicht unerheblichem Umfang. Gegen die für den Betriebsablauf verantwortliche Mitarbeiterin wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

• Landkreis München

30 (58) Umweltdelikte wurden im Landkreis festgestellt. Damit reduzierte sich auch in diesem Bereich die Zahl der bekannt gewordenen Straftaten um 48,3 %.

Bei Arbeiten am Ablaufrohr eines unterirdischen Ammoniaktanks einer Kühlanlage wurde eine Leitung angebohrt, worauf Ammoniak aus dem ca. 6 Tonnen fassenden Tank austrat. Weil das Leck nicht sofort abgedichtet werden konnte, musste die Feuerwehr die Ausbreitung einer sich bildenden Ammoniakgaswolke unterbinden. Ein Arbeiter erlitt leichte Verletzungen und konnte nach ambulanter Behandlung das Krankenhaus verlassen. Gegen ihn wurde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

-

²² Strafgesetzbuch

2.5 JUGENDKRIMINALITÄT

• Polizeipräsidium München

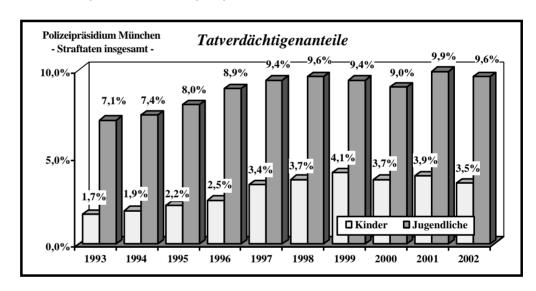
"AG Proper"

Im vergangenen Jahr ermittelte die beim Kriminalkommissariat 124 eingerichtete Arbeitsgruppe "PROPER" gegen 41 minderjährige Intensivtäter, darunter 1 Mädchen, in 314 Straftaten. In die Ermittlungen wurden 126 Mittäter aus dem Umfeld dieser Problemgruppe einbezogen.

Bemerkenswert ist der Fall eines 12-Jährigen, der zwischen April und September wegen 54 Straftaten, insbesondere Gewaltdelikte, Automatenaufbrüche und Betäubungsmittelverstöße, auffiel. Problematisch stellte sich bei ihm auch die familiäre Situation dar, sodass über das Stadtjugendamt eine intensive Betreuung durch die sozialpädagogische Einsatzgruppe erfolgte. Sie führte zur Besserung der Situation.

Unter den in der Kriminalstatistik erfassten 52.097 Tatverdächtigen waren 1.814 Kinder, 12,7 % weniger als im Vorjahr. Ferner wurden 5.007 Jugendliche registriert, was einem Rückgang von 5,9 % entspricht.

Dieses erfreuliche Ergebnis relativiert sich aber im 10-Jahresvergleich. Seit 1993 stieg der Anteil der tatverdächtigen Kinder um 1,8 %-Punkte auf 3,5 % und der der Jugendlichen um 2,5 %-Punkte auf 9,6 %, an.



• Stadt München

Auch in der Stadt München ging die Zahl der registrierten tatverdächtigen Kinder (1.617) um 13,3 % zurück. Bei den Jugendlichen (4.543) wurden um 5,8 % weniger festgestellt.

Dadurch verminderte sich der Tatverdächtigenanteil der Kinder auf 3,4 % (3,9 %) und derjenige der Jugendlichen auf 9,6 % (10,0 %).

Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei der Gewaltkriminalität ab.

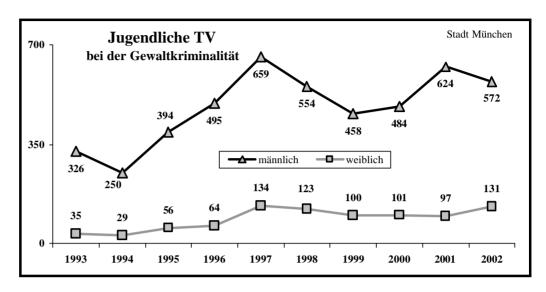
Hier nahm die Zahl der tatverdächtigen Kinder, um 12,3 % auf 206 TV ab, während sich die der Jugendlichen um 2,5 % auf 703 TV verringerte.

Vor 10 Jahren waren noch 53 tatverdächtige Kinder und 361 Jugendliche zu verzeichnen.

Der langfristig steigende Trend jugendlicher Tatverdächtiger bei der Gewaltkriminalität betrifft beide Geschlechter.

Langfristig deutlich mehr minderjährige Gewalttäter Die männlichen jugendlichen TV erhöhten sich um 75,5 % auf 572 TV und erreichten damit unter den männlichen TV einen Anteil von 16,6 %. In diesem Zeitraum stiegen die weiblichen jugendlichen TV um 274,3 % auf 131 TV an. Dies entspricht nun einem Anteil an allen weiblichen TV von 21,1 %.

Der Einwohneranteil dieser Bevölkerungsgruppen beträgt bei den Jungen 3,1 % und bei den Mädchen 2,7 %.



Ein 15-jähriges Mädchen befand sich in einem Jugendzentrum beim Tanzen als sie von einem anderen Mädchen mehrmals angerempelt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen wurde. Als die Geschädigte ihre Wunden auf der Toilette kühlen wollte, wurde sie von der Täterin mit 6 Freundinnen verfolgt, beschimpft, von mehreren festgehalten und von der Angreiferin, mehrmals in den Unterleib getreten. Als die Geschädigte in eine Toilettenkabine flüchten konnte, öffnete die Haupttäterin die Türe und schlug dem Mädchen eine Bierflasche auf den Kopf. Sie drohte ihr noch Schlimmeres an, falls sie über die Sache reden sollte.

Als Haupttäterin konnten eine 13-Jährige, die bereits 26 Einträge quer durch das Strafgesetzbuch aufweist und ein 15-jähriges libanesisches Zwillingspärchen ermittelt werden.

Kinder und Jugendliche fallen insbesondere bei folgenden Delikten vergleichsweise häufig als Tatverdächtige auf:

Stadt München 2002	Kinder	Jugendliche
Gewaltkriminalität	5,1%	17,3%
Raub	6,6%	26,9%
darunter		
- Handtaschenraub	6,1%	36,7%
- Straßenraub	5,1%	45,8%
gefährliche/schwere Körperverletzung	5,3%	17,2%
Straßenkriminalität	6,9%	25,0%
Diebstahl insgesamt	8,0%	15,6%
Diebstahl von Fahrzeugteilen	4,0%	26,3%
Diebstahl aus Kraftfahrzeugen	7,2%	16,4%
Fahrraddiebstahl	6,7%	26,3%
Ladendiebstahl	9,5%	14,7%
Sachbeschädigung	8,2%	19,8%

Im Bereich des Straßenraubes nähert sich der TV-Anteil der Jugendlichen der 50 %-Marke.

Straßenraub ist Schwerpunkt jugendlicher Gewalt

• Jugend- und gruppentypische Gewaltdelikte²³

Im vergangenen Jahr wurden in der Landeshauptstadt München 705 (659) jugend-/gruppentypische Gewaltdelikte bekannt. Dies sind 7,0 % mehr als im Vorjahr.

Während Raubhandlungen deutlich um 25,0 % zugenommen haben, stiegen Körperverletzungen um 1,5 % und Sachbeschädigungen um 4,8 % an. 12 (11) Sexualstraftaten waren zu verzeichnen.

Unter den ermittelten 1.549 Tatverdächtigen befinden sich 782 Nichtdeutsche. Ihr Anteil mit 50,5 % erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr (46,9 %) leicht. Die Zunahme schlägt sich in allen Deliktsbereichen nieder. Von den 277 ermittelten Tatverdächtigen bei Raubdelikten waren 61,7 % (60,1 %) Nichtdeutsche. Bei den Sexualstraftaten stieg ihr Anteil auf 74,2 % (57,0 %) und bei Körperverletzungen auf 53,4 % (49,3 %).

Gruppenstrukturen/Zusammensetzung

Feste Jugendbanden mit einer gewissen Organisationsstruktur waren nicht festzustellen. Meist treten lose Gruppierungen auf, deren Mitglieder häufig wechseln.

Jugendtypische Aggressionsdelikte werden überwiegend gegen gleiche Altersgruppen begangen. Häufig sind diese Straftaten von besonders rücksichtslosem und brutalem Vorgehen gekennzeichnet.

In den frühen Abendstunden des 22.06.02 wollten ein 20-Jähriger und seine 17-jährige Begleiterin den Bahnhofplatz überqueren. Als sie sich bereits auf der Fahrbahn befanden, fuhren zwei Pkw zunächst langsam auf sie zu. Plötzlich beschleunigten die Fahrzeugführer, so dass sich beide mit einem Sprung zur Seite retten mussten. Ein Fahrzeug berührte dennoch den 20-Jährigen, der dadurch zu Boden geschleudert wurde. Die Fahrzeuge hielten an, mehrere türkische Jugendliche stiegen aus und schlugen unter Beleidigungen auf beide ein. Im Rahmen eingeleiteter Fahndungsmaßnahmen konnten zwei Schläger, ein 19-Jähriger und ein 17-jähriger Türke, festgenommen werden. Beide waren in der Vergangenheit bereits durch eine Reihe von Straftaten, insbesondere Gewaltdelikte, aufgefallen.

In 28,4 % (27,2 %) der Fälle wurden Waffen bzw. gefährliche Gegenstände eingesetzt. Im vergangenen Jahr fanden wieder mehr Messer, aber deutlich weniger Gaspistolen/revolver Verwendung. Eine starke Zunahme war bei sonstigen gefährlichen Gegenständen festzustellen. Verbotene Gegenstände spielen nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

²³ Gemeinschaftlich begangene Straftaten durch Angehörige von Jackengruppen sowie sonstigen Gruppierungen, die bereits durch Begehung von Gewaltdelikten auffällig wurden.

Jugend- und gruppentypische Gewaltdelikte; Anzahl					
eingesetzte Waffenart	1998	1999	2000	2001	2002
- Messer	36	44	44	38	47
- Soft-Air-Waffen**					4
- Baseballschläger/Schlagstock/Holzlatten/Ketten	19	26	23	11	11
- Gaspistolen/-revolver	31	35	31	15	5
- Flaschen/Gläser	22	12	21	14	17
- Gassprays	5	3	2	3	4
- Schlagring	3	0	2	4	1
- Nun-Chaku	0	0	0	0	0
- Steine	10	10	10	14	11
- Elektroschocker	0	0	2	0	0
- Brandmittel	25	13	25	17	18
- Sonstiges*	37	76	23	63	82
- unmittelbare körperliche Gewalt	559	441	523	480	505

^{*} u.a. Pyrotechnische Gegenstände, Sprüh-/Getränkedosen, Scheren, Gürtelschnallen.

Überwiegend (71,6 %) wird unmittelbare körperliche Gewalt angewendet, häufig mit erheblicher Brutalität.

Anfang November kam es zu einem Streit zwischen einem Jugendlichen und einem 43-jährigen alkoholisierten Gaststättenbesucher, in dessen Verlauf dieser beleidigt wurde. Als der Geschädigte nach einem Faustschlag zu Boden stürzte, kamen weitere Jugendliche hinzu und traten gemeinsam auf den Wehrlosen ein. Nachdem die Schläger kurzzeitig von ihm abließen, wollte sich der Geschädigte entfernen, wurde jedoch erneut zu Boden geschlagen und mehrfach mit den Füßen gegen den Kopf getreten. Durch die körperliche Misshandlung erlitt er erhebliche Gesichtsverletzungen, die eine stationäre Behandlung erforderlich machten. Die Täter, zwei 16-Jährige und ein 17-jähriger Italiener, konnten ermittelt werden. Gegen zwei der Täter wurde Haftbefehl erlassen.

Gewalt an Schulen

Die Amokläufe in Freising und Erfurt/Thüringen, lösten Nachahmungseffekte, damit einer Reihe von Einsätzen an Münchner Schulen aus.

Insgesamt waren 45 Aggressionshandlungen gegen Lehrkräfte zu verzeichnen, wobei das Fallaufkommen nach Erfurt sprunghaft anstieg und sich erst wieder in der zweiten Jahreshälfte auf niedrigerem Niveau einpendelte.

Es handelte sich überwiegend um Bedrohungen, der Androhung von Straftaten bzw. eines Amoklaufes nach Erfurter Vorbild. Die Drohungen wurden verbal oder schriftlich geäußert. In drei Fällen attackierten die Täter Lehrer körperlich.

Die Münchner Polizei ergreift in diesen Fällen sofort alle erforderlichen Schutz- aber auch konsequente Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die Täter.

Im Ergebnis sind die Straftaten an Münchner Schulen 24 in der Polizeilichen Kriminalstatistik um 11,9 % auf 1.072 Fälle angestiegen.

Speziell Körperverletzungs- und Raubdelikte haben sich erhöht, Sexualdelikte blieben auf Vorjahresniveau.

^{**} erst ab 2002 aufgenommen.

²⁴ Delikte, bei denen der Tatort Schule war

Polizeiliche Kriminalstatistik/Schulen	1998	1999	2000	2001	2002
Straftaten insgesamt	826	898	937	958	1.072
- schwere Sexualdelikte*	6	7	4	9	9
- Raubdelikte	8	10	19	14	18
- Körperverletzung insgesamt	102	117	141	128	158
gefährliche/schwere Körperverletzung	24	37	48	47	54
- Sachbeschädigung	81	96	94	150	132
- Rauschgiftdelikte	20	18	45	33	30
- Freiheitsberaubung/Nötigung/Bedrohung	27	14	28	39	59

^{*} Vergewaltigung, sexuelle Nötigung und Sexueller Missbrauch von Kindern

An Schulen wurden wieder 56 jugend-/gruppentypische Gewalttaten bekannt, davon 17 (23) auf dem Schulweg.

Waffen in der Schule

In 83,9 % (80,4 %) der Fälle setzten die Täter körperliche Gewalt ein. In zwei Fällen fanden Messer und in einem Fall Tränengas sowie in sechs weiteren Fällen sonstige gefährliche Gegenstände Verwendung bzw. wurde mit Gewalt gedroht.

Auf dem Nachhauseweg wurde eine 13-jährige Schülerin von einem ehemaligen Mitschüler von hinten am Schulranzen gepackt und mit Gewalt zu Boden gezogen. Dabei forderten zwei 14-jährige Freunde den Täter lautstark auf "sie fertig zu machen". Durch die Gewalteinwirkung bekam das Mädchen kurzzeitig keine Luft mehr. Außerdem zog sie sich eine Überdehnung der Wirbelsäule zu.

Nach Schulende kam es auf dem Gelände einer Münchner Schule zu einem Streit unter Schülern, weil ein 13-Jähriger einen Schulkameraden beleidigt hatte. Dieser ging auf ihn los, packte ihn am Hals und würgte ihn, bis dieser im Gesicht rot anlief. Zwei Mitschüler unterstützten den Täter, indem sie auf den 13-Jährigen einschlugen und traten. Zu seiner Verteidigung zückte der Gewürgte ein Butterflymesser und stach mehrfach auf den Arm eines Angreifers ein. Die Stichwunden mussten im Krankenhaus genäht werden. Alle Beteiligten wurden angezeigt.

• Landkreis München

2002 wurden in der Polizeilichen Kriminalstatistik 5.776 (6.078) Tatverdächtige der Gesamtkriminalität erfasst. 213 Tatverdächtige waren Kinder, 598 Jugendliche. Ihre Anteile betrugen 3,7 % (Kinder) und 10,4 % (Jugendliche). Damit liegen ihre Anteile leicht über denen des Stadtgebiets.

Im Landkreis registrierte das Polizeipräsidium 103 (76) jugend-/gruppentypische Gewaltdelikte. Anstiege sind in den Deliktsbereichen Raub, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Sexualstraftaten festzustellen. Darüber hinaus waren zwei versuchte Tötungsdelikte zu verzeichnen.

Mitte Januar kam es in Oberschleißheim zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen Aussiedlern aus der ehemaligen Sowjetunion, in deren Verlauf zwei 16- und 21-jährige Russen auf ihre kasachischen Kontrahenten mit Messern einstachen und im Brust- und Bauchbereich verletzten. Zwei Geschädigte mussten zur stationären Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Täter konnten durch Polizeikräfte noch am Tatort bzw. im Laufe des Tages in der Wohnung festgenommen werden.

Anfang März attackierten in Taufkirchen drei 16-jährige türkische Jugendliche verbal einen 17-Jährigen. Einer der Täter schlug ihn mit der Faust zu Boden und trat sein Opfer mehrfach gegen Kopf und Oberkörper. Zur Behandlung der schweren Kopfverletzungen musste der Jugendliche mit einem Rettungshubschrauber in eine Münchner

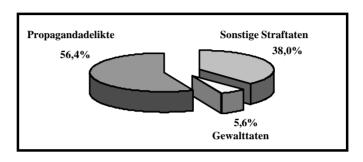
Klinik transportiert werden. Zwei der drei Jugendlichen konnten noch am Tatort festgenommen werden. Der Haupttäter stellte sich später der Polizei.

2.6 POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT

• Politisch motivierte Kriminalität - rechts:

Im vergangenen Jahr wurden 238 (334) Straftaten politischer Motivation - rechts - erfasst. Diese setzten sich aus 135 Propagandadelikten²⁵, 90 sonstigen Straftaten²⁶ und 13 Delikten der Gewaltkriminalität (Körperverletzungen) zusammen.

Deliktszusammensetzung



Fremdenfeindliche Motivation

50 Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen Hintergrund. Es wurden 8 Gewaltdelikte mit dieser Motivationslage bekannt.

Antisemitische Motivation 56 der erfassten Straftaten lag eine antisemitische Motivation zu Grunde, 1 davon ist der Gewaltkriminalität zuzurechnen.

Sonstige Motivation

132 Straftaten, darunter 4 Delikte der Gewaltkriminalität, waren sonstiger rechter Motivationslage zuzuordnen.

Gewalttaten mit schwerwiegenden Folgen sind im Berichtszeitraum nicht bekannt geworden.

Die Straftaten politischer Motivation - rechts - sind rückläufig.

Inwieweit die empfindlichen Urteile im Zusammenhang mit dem Mordversuch in der Zenettistraße im Januar 2001 abschreckend in der Szene war, ist nicht verifizierbar.

Das Polizeipräsidium nimmt verschiedene Präventionsmaßnahmen vor. Grundsätzlich werden bei polizeilichen Vernehmungen von Personen aus dem rechtsextremistischen Bereich sogenannte Gefährderansprachen durchgeführt.

An bekannten Treff- und Sammelorten werden verstärkt Aufklärung betrieben, Identitätsfeststellungen vorgenommen und ggf. Platzverweise ausgesprochen.

Die Präventionsdienststelle hielt im vergangenen Jahr u.a. eine Vielzahl von Vorträgen zum Thema Rechtsextremismus und Zivilcourage und führte eine Reihe von Beratungsgesprächen durch.

Bei öffentlichen Versammlungen, die im Zusammenhang mit der sogenannten "Wehrmachtsausstellung" standen, und Informationsständen der NPD²⁷, spitzten sich Auseinandersetzungen zwischen Personen der rechts- und linksextremistischen Szene zu.

²⁵ Verbreitung von Propagandamitteln oder Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen gem. § 86 oder § 86 a StGB

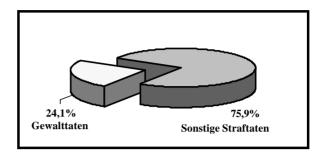
²⁶ u. a. Sachbeschädigung, Beleidigung

²⁷ Siehe auch Teil B, Ziff. 1.1.1

• Politisch motivierte Kriminalität - links:

Bei der Politisch motivierten Kriminalität - links - wurden 2002 insgesamt 245 Straftaten, davon 59 Gewaltdelikte, gezählt. Verglichen mit dem Jahr 2001 (112 Straftaten, 4 Gewalttaten) zeigt sich ein starker Anstieg, insbesondere bei den Gewaltdelikten. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Körperverletzungs- und Widerstandsdelikte sowie Landfriedensbruch.

Deliktszusammensetzung



Die starke Zunahme ist vor allem auf folgende, herausragende Veranstaltungslagen zurückzuführen, die 2001 in dieser Form nicht stattfanden.

• 38. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik vom 01. - 03.02.02²⁸

Die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz nahmen 2002 ein bis dahin nicht gekanntes Ausmaß an. Obwohl sämtliche Gegenveranstaltungen durch das Kreisverwaltungsreferat verboten worden waren, versammelten sich mehrere Tausend Demonstranten, darunter auch Personen aus der gewaltbereiten, linksextremistischen Szene sowie Globalisierungsgegner aus dem In- und Ausland in der Innenstadt.

Alle Versammlungen wurden durch die Polizei aufgelöst.

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Sicherheitskonferenz wurden <u>73 Straftaten, davon 30 Gewalttaten,</u> registriert.

Eine Vielzahl von Körperverletzungs- und Widerstandsdelikten, standen im Zusammenhang mit der Durchführung der zahlreichen Fest- und Gewahrsamnahmen.

Zum Thema "Wehrmachtsaustellung" fanden zwischen 12.10.02 und 30.11.02 insgesamt 8 Versammlungen²⁹ von Rechtsextremisten in München statt. Bei Protestaktionen dagegen kam es insgesamt zu <u>75 Straftaten</u> der linksextremistischen Gegner, <u>davon 19 Gewalttaten</u>.

Vor allem bei zwei größeren Versammlungen der Rechtsextremisten am 12.10.02 und 30.11.02 warfen Protestierende aus der linksextremistischen Szene immer wieder Gegenstände wie Eier, Holzstücke, Plastikflaschen oder Taschenlampenbatterien auf ihre Gegner. Auch hier kam es bei der Durchführung von Festnahmen zu Körperverletzungsdelikten und Widerstandshandlungen.

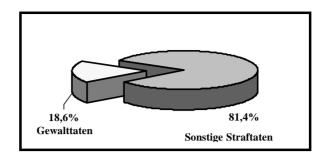
• Politisch motivierte Kriminalität - Ausländer:

Insgesamt 86 Straftaten wurden 2002 registriert, darunter 16 Gewaltdelikte. Im Vergleich zum Vorjahr (46 Straftaten, davon fünf Gewalttaten), ist ein erheblicher Anstieg zu verzeichnen. Er steht im Zusammenhang mit den verbotenen Versammlungen gegen die "38. Sicherheitskonferenz" (5 Gewaltdelikte), und dem Demonstrationsgeschehen anlässlich der "Wehrmachtsaustellung" (ebenfalls 5 Delikte). Im Übrigen stiegen sonstige Straftaten wie Beleidigungsdelikte, Hausfriedensbruch u.a. von 28 auf 52 an.

²⁸ Siehe auch Teil B, Ziff. 1.1.2

²⁹ Siehe auch Teil B, Ziff. 1.1.7

Deliktszusammensetzung



Islamistischer Extremismus/Terrorismus Den Schwerpunkt im Bereich des islamistischen Extremismus/Terrorismus bildete die forcierte Aufklärung islamistischer "Terrornetzwerkstrukturen". Das Polizeipräsidium München hat dazu eine spezielle Ermittlungsgruppe "AKIS" eingerichtet.

Am 23. und 24.04.2002 wurden im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Generalbundesanwaltschaft wegen des Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB) bundesweit Objekte, darunter auch zwei in München, durchsucht. Gegen mehrere Beschuldigte einer deutschen Zelle mutmaßlicher Angehöriger, die sich selbst der sunnitisch-palästinensischen "Al Tawhid" ("Derjenige, der an den einzigen Gott glaubt") zurechnet, erging Haftbefehl, so auch gegen die zwei in München wohnhaften Iraker. Die Organisation steht im Verdacht, in das Netzwerk arabischer "Modjahedin" eingebunden zu sein.

Wegen des Verdachts der Verabredung von Straftaten sind im Dezember eine Moschee in der Goethestraße und vier Münchener Wohnungen durchsucht worden. Es wurden drei irakische Staatsangehörige vorläufig festgenommen und nach kriminalpolizeilichen Maßnahmen wieder entlassen. Bei der Durchsuchung der Moschee wurde nichts verdächtiges gefunden.

"KADEK/PKK"

Der 6. Strafsenat des Bayerischen Obersten Landesgerichts München verurteilte zwei frühere "PKK/KADEK"- Verantwortliche der Region Bayern wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129/I StGB) zu empfindlichen Strafen.

Ein Verurteilter organisierte das "Kurdische Kulturfestival" am 25.12.99 in der Münchener "Zenith-Halle", an dem bis zu 3000 Personen teilnahmen. Damals kam es zu wiederholten Verstößen nach dem Vereinsgesetz, insbesondere durch Sprechchöre und aufgelegte Presseerzeugnisse.

Gegen 24 Personen wurden im November Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse des AG München in München, Eching, Passau, Rosenheim und Ludwigshafen wegen Verdachts der Unterstützung des verbotenen "KADEK" vollzogen. Die Beschuldigten stehen im Verdacht, sich als Vorstandsmitglieder des Vereins "MED-Kulturhaus e.V." für den "KADEK" betätigt zu haben. Bei den Durchsuchungen konnten u.a. EDV-Anlagen, Propagandamaterial und schriftliche Unterlagen sichergestellt werden. Eine ED-Behandlung erfolgte in 12 Fällen, Haftbefehle ergingen nicht.

"Hoaxes"

Ab Mitte November gingen 60 Hinweise aus der Bevölkerung zu angeblichen "Warnungen" einer "arabisch aussehenden Person" ein. Sie soll aufgefordert haben bestimmte Örtlichkeiten zu meiden, um nicht Opfer eines Anschlags zu werden. Die über "Mund-zu-Mund Propaganda" verbreitete Panikmache, (sog. "Hoaxes"³⁰), verunsicherte die Bevölkerung. In keinem einzigen Fall konnte jedoch ein konkreter Sachverhalt mit dem "warnenden Araber" ermittelt werden.

^{30 &}quot;Hoax"= Streich, blinder Alarm

• Politisch motivierte Kriminalität - Sonstige:

Unter diese Rubrik fallen Delikte, wie z.B. Nötigung, Bedrohung und Sachbeschädigung, die jedoch keinem Phänomenbereich eindeutig zugeordnet werden können. Im vergangenen Jahr wurden 260 (149) dieser Delikte festgestellt.

Die enorme Steigerung geht auf Sachbeschädigungen an Wahlplakaten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl zurück.

2.7 PROBLEMATISCHE SZENEN

Die Halbwüchsigenszene ist immer schon geprägt von rivalisierenden Gruppen. Es fielen insbesondere Skinheads, Punks und Gruppen gewaltbereiter junger Nichtdeutscher auf.

Gewalttaten solcher Gruppen sind häufig von wechselseitigen Täter-Opfer-Verhältnissen gekennzeichnet. Deshalb berühren Straftaten dieser Gruppen sowohl die Kategorie "politisch motivierte Kriminalität" als auch "jugend-/gruppentypische Gewaltdelikte".

2.7.1 Skinheads

Die Skinheadszene im Zuständigkeitsgebiet des Polizeipräsidiums umfasst ca. 500 Personen. Dazu zählen auch Sympathisanten, Mitläufer und Kontaktpersonen. Innerhalb dieser Gruppe ist von ca. 45 gewaltbereiten bzw. gewalttätigen Personen auszugehen.

Frühere Gruppierungen zerfielen infolge von Festnahmen und Verurteilungen.

Anlässlich angemeldeter Gegenveranstaltungen zur sogenannten "Wehrmachtsausstellung" trat erstmals eine ca. 30 Personen starke neonazistische Gruppierung öffentlichkeitswirksam auf. Die Mehrzahl dieser Gruppe besteht aus Skinheads.

Insgesamt wurden 10 (16) jugend-/gruppentypische Gewaltdelikte durch Skinheads, sechs Körperverletzungen, zwei Sachbeschädigungen und eine Bedrohung, bekannt. Bei den Opfern handelte es sich überwiegend um deutsche Staatsangehörige, in einem Fall um einen Nichtdeutschen.

Ende Mai rissen vier Skinheads zwei Radfahrer zu Boden. Als sie aufstanden, schubsten sie diese, stießen sie wieder zu Boden und traten mit ihren Springerstiefeln auf beide ein. Die Opfer erlitten Prellungen, Riss- und Schürfwunden, die ärztlich versorgt werden mussten. Die Schläger im Alter von 21 bis 24 Jahren konnten im Rahmen der Sofortfahndungsmaßnahmen festgenommen werden.

2.7.2 Punks

Von Angehörigen dieser Szene wurden vier jugend-/gruppentypische Körperverletzungen bekannt.

Am Faschingsdienstag kam es in der Innenstadt zu einer Schlägerei zwischen Personen der Skinheadszene und Punks. Dabei schoss ein Punk einem Skinhead mit einem Gasrevolver in das Gesicht, sodass dieser mit Kopf- und Augenverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden musste. Ein Skinhead wurde durch einen Schlag mit einer Flasche am Kopf verletzt. Mehrere Personen wurden vorläufig festgenommen bzw. in Gewahrsam genommen.

Eine ausführliche Darstellung der angekündigten "Chaostage" erfolgt in Teil B, Ziff. 1.1.4.

2.7.3 Gruppen gewaltbereiter junger Nichtdeutscher

Einer Gruppe von 16- und 17-jährigen Nichtdeutschen unterschiedlicher Nationalitäten wurde der Einlass in ein Münchner Freizeitheim verwehrt.

Daraufhin schlugen die Jugendlichen einen Pädagogen mit einem Gürtel in das Gesicht und anschließend mit einem Kopfstoß zu Boden. Zwei weitere Bedienstete der Freizeiteinrichtung verletzten sie ebenfalls mit einem Gürtel am Kopf und im Gesicht. Zudem traten sie die Glasfüllung der Eingangstüre ein, so dass ein weiterer Mitarbeiter Verletzungen durch Glassplitter erlitt. Den Tätern, Jugendliche aus dem Irak, der Türkei, Afghanistan und Indien, gelang zunächst die Flucht, sie konnten jedoch später ermittelt werden.

2.7.4 Rocker

Fortgeführt wurden die Ermittlungen gegen kriminelle Clubs der Münchner Rockerszene. Wenngleich deren Abschottung ein polizeiliches Vordringen in deren inneren Zirkel erschwert, schränkt der polizeiliche Ermittlungsdruck den Spielraum dieser Gruppierungen erheblich ein.

Die festgestellten Bestrebungen, beispielsweise des MC Hells Angels München, in der hiesigen Rotlichtszene verstärkt Fuß zu fassen, wurden durch Festnahmen der Clubchefs gestoppt. Das Polizeipräsidium München wird deliktisch auffälligen Rockergruppen in München weiterhin offensiv begegnen.

TEIL B ORDNUNGS- UND SCHUTZAUFGABEN

1. GESCHLOSSENE EINSÄTZE, VERANSTALTUN-GEN

1.1 VERANSTALTUNGEN MIT POLITISCHEM HINTERGRUND

Veranstaltungen mit politischem Hintergrund nahmen stark zu. Im Wahljahr 2002 wurden 678 (553) Versammlungen betreut. Der störungsfreie Verlauf mehrerer Großveranstaltungen konnte nur mit erheblichen personellen Aufwand bewältigt werden.

Jahr	2002	2001	Anstieg
Aufzüge und Versammlungen			
unter freiem Himmel	636	526	20,9%
Öffentliche Versammlungen in			
geschlossenen Räumen	42	27	55,6%
Gesamtzahl	678	553	22,6%

1.1.1 Infostände der NPD³¹

Am 12.01.02 betrieb die NPD mit 30 - 40 Personen an der Ecke Weinstraße/Landschaftsstraße einen Informationsstand. Dabei kam es zum Teil zu massiven Störungen aus einer Gruppe von ca. 150 anwesenden NPD-Gegnern, darunter zahlreiche Punks und Personen aus der linksextremistischen Szene. Zunächst wurden Sprechchöre skandiert und Schneebälle geworfen, danach rannte eine Gruppe von ca. 60 Personen, in der Mehrzahl Punks, auf den Informationsstand zu. Nur mit starkem Polizeieinsatz gelang es, die Personen vom Stand der NPD fernzuhalten und eine Konfrontation mit den Betreibern zu verhindern.

Danach wurden fortgesetzt Eisstücke, Bierdosen und Eier auf die eingesetzten Polizeibeamten geworfen. Ein Beamter erlitt dabei leichte Verletzungen.

Insgesamt wurden 63 Personen wegen verschiedener Vergehen, wie Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte festgenommen.

Am 19.01.02 fand am Richard-Strauss-Brunnen in der Neuhauser Straße ein weiterer Informationsstand der NPD statt. In unmittelbarer Nähe des Informationsstandes standen sich jeweils ca. 70 Personen des rechtsextremistischen und des linksextremistischen Spektrums gegenüber. Die Linksextremisten traten anfangs in Kleingruppen an den Stand heran und diskutierten mit den Betreibern. Danach versuchten sie mit einer größeren Personenzahl den Stand zu umstellen, um den Zugang für Interessierte zu erschweren.

_

³¹ Nationaldemokratischen Partei Deutschlands

Gegen 9 Personen, die bereits am 12.01.02 im Zusammenhang mit dem NPD-Infostand Straftaten begangen hatten, wurde ein Betretungsverbot für den Nahbereich des Informationsstandes verhängt. Vier Personen, die sich nicht an dieses Verbot hielten, wurden in Gewahrsam genommen.

Ausschreitungen beider Lager konnten nur durch den Einsatz starker Polizeikräfte verhindert werden.

1.1.2 Konferenz für Sicherheitspolitik

Die 38. Konferenz für Sicherheitspolitik fand wie im letzten Jahr im Hotel Bayerischer Hof statt. Infolge der Terroranschläge vom 11.09.01 in den USA und den anschließenden Militäraktionen in Afghanistan mussten erhebliche Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden.

Bereits ab August 2001 wurde im Internet europaweit für massive Protestaktionen unter dem Slogan "Von Genua nach München" gegen die Konferenz geworben. Über 100 Gruppen schlossen sich diesem Aufruf an.

Nachdem die Anreise von rund 2.500 bis 3.000 gewaltbereiten Störern angekündigt war, verbot die Landeshauptstadt München die Gegenveranstaltungen unter freiem Himmel.

Das Aktionsbündnis ließ sich davon nicht abhalten weiter zu mobilisieren und forderte zu "Spaziergängen" auf.

Trotz Versammlungsverbotes kam es an den beiden ersten Tagen zu demonstrativen Aktionen. Am zweiten Tag versammelten sich bis zu 7.000 Personen auf dem Marienplatz. Die Versammlung löste die Polizei mit starken Kräften auf.

Am Abend des 2.2.02 fand eine nicht unter das Versammlungsverbot fallender sogenannter "Gegengipfel" unter dem Motto "Internationale Veranstaltung gegen die NA-TO-Kriegspolitik" im Gewerkschaftshaus statt.

Weil es Hinweise gab, dass von dort verbotswidrige Aufzüge gebildet werden sollten, waren zeitweise Absperrungen erforderlich.

Insgesamt wurden in diesem Zusammenhang 67 Festnahmen und 816 Gewahrsamnahmen durchgeführt.

1.1.3 Kommunalwahlen

Das Polizeipräsidium betreute 40 Veranstaltungen, die alle störungsfrei verliefen.

1.1.4 Angekündigte "Chaostage"

Seit Jahresbeginn 2002 riefen linksextremistische Kreise im In- und Ausland, insbesondere über das Internet, zu den "Chaostagen" in München auf.

Teilweise wurde sehr aggressiv zu Gewaltanwendungen mit Parolen wie "die Stadt in Trümmer legen", "Straßenschlachten mit der bayerischen Polizei liefern", "Bullen platt machen", "München in einen Haufen aus Asche und Staub verwandeln" oder einen "furchtbaren Alptraum wahr werden lassen" geworben.

Mit Allgemeinverfügungen verboten die Sicherheitsbehörden in und um München Aktionen, die zur Vorbereitung, Durchführung oder als Bestandteil der Chaostage geplant oder diesen zuzurechnen waren sowie öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel.

Aufgrund eines Presseartikels, in dem Teilnehmer der "Chaostage" aufgerufen wurden, zu einem Info-Stand der PDS zu kommen, entzog das Kreisverwaltungsreferat der PDS die Sondernutzungserlaubnis für den genannten Informationsstand.

In dem Artikel wurde der Erhalt eines "Chaostage-Survival-Kits", welches eine Dose Bier, ein T-Shirt, einen Pflasterstein aus Pappe und ein verschlossenes Kuvert enthalten sollte, in Aussicht gestellt.

Die Sondernutzungserlaubnis für den Informationsstand der PDS am Folgetag war allerdings nicht entzogen worden. Den Verkauf der "Chaostage-Survival-Kits" für 5 € untersagte die Polizei vor Ort.

Bei Anreisekontrollen im Zusammenhang mit den "Chaostagen" wurden Personen festgestellt, die dem Punkermilieu zugeordnet werden konnten. Diese wurden bezüglich der bestehenden Allgemeinverfügungen belehrt und zurückgewiesen.

Die Lage gestaltete sich insgesamt ruhig, es kam zu keinen wesentlichen Sicherheitsstörungen.

1.1.5 Bundestagswahl

Störungsfrei verliefen die Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag.

Im Vorfeld wurden allerdings eine Reihe von Diebstählen und Sachbeschädigungen an Wahlplakaten und Wahlplakatständern angezeigt.

1.1.6 Aktionismus im Zusammenhang mit der "Wehrmachtsausstellung,

Für das Eröffnungswochenende der Wanderausstellung meldete die "Bürgerbewegung gegen die Wehrmachtausstellung" (BGW) einen Aufzug mit dem Thema "Gegen die Geschichtslügen politischer Ideologen - Für die Ehre unserer Wehrmacht" an, der nach Entscheidung des Bay VGH^{32} stattfinden konnte.

Der Aufzug mit ca. 950 Teilnehmern wurde nach kurzer Zeit von ungefähr 500 Gegendemonstranten mit einer Zugwegblockade gestoppt.

Eine kurzzeitig durchgeführte Räumung durch Polizeikräfte musste abgebrochen werden, da sich ein starker Zulauf von Gegendemonstranten abzeichnete. Nach einer Zwischenkundgebung an Ort und Stelle wurde der Aufzug zum Auftaktort zurückgeführt und dort beendet.

Während des Versammlungsgeschehens warfen Gegendemonstranten verschiedene Gegenstände, wie z. B. Tomaten, Getränkedosen und Plastikflaschen, in Richtung Aufzugsteilnehmer und Polizeibeamten.

Insgesamt kam es zu 29 Festnahmen wegen verschiedener Vergehen nach dem Versammlungsgesetz, Landfriedensbruch, Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Volksverhetzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

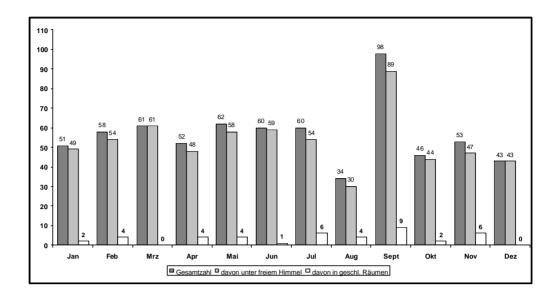
In der Folgezeit führten Rechtsextremisten weitere 7 Versammlungen von im Innenstadtbereich durch. Im Einzelnen waren bis zu 100 Versammlungsteilnehmer festzustellen, denen bis zu 1.000 Gegendemonstranten gegenüberstanden.

Teilnehmer der rechten Szene verstießen insbesondere gegen das Verbot der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Vor allem linke Gegendemonstranten begingen Straftaten nach dem VersammlG, Sachbeschädigung, Körperverletzung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.

-

³² Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

Öffentliche Versammlungen 2002



1.2 UNPOLITISCHE VERANSTALTUNGEN

1.2.1 Überblick

Das Polizeipräsidiums München betreute 2002 insgesamt 3.792 (4.176) Veranstaltungen nichtpolitischer Art. Dies bedeutet eine Abnahme um 9 %. Allerdings mussten wegen verschiedener Großveranstaltungen 37 % mehr Polizeibeamte als im Vorjahr eingesetzt werden (37.952 / 27.729).

1.2.2 Fußballspiele

Im Jahr 2002 war die Münchner Polizei in 77 (82) Fußballspielen eingesetzt. Davon fanden 44 (46) im Olympiastadion, 13 (13) im Sportpark Unterhaching und 20 (23) im Grünwalder Stadion statt.

Vereinzelt mussten auch bei Spielen der Amateure des FC Bayern, die in der Regionalliga Süd spielen, geschlossene Einheiten eingesetzt werden.

1.2.3 Fußball-WM in Japan/Südkorea

"Spontane" Siegesfeiern durch Autokorsos (Hupkonzerte und Fahnenschwenken) deutscher, aber auch in Deutschland lebender ausländischer Fußballfans (Türken, Italiener, Kroaten, Jugoslawen und Brasilianer) gewinnen in den letzten Jahren an Beliebtheit. Als Veranstaltungsort hat sich die Leopoldstraße zwischen Siegestor und Münchner Freiheit herauskristallisiert.

In Zusammenarbeit mit dem Kreisverwaltungsreferat wurden durch Polizeibeamte angeordnete Sperren kurzfristig in Kraft gesetzt.

Bereits in der Vorrunde fanden die ersten Siegesfeiern statt. Den Sieg der türkischen Mannschaft im Viertelfinale über Senegal bejubelten rund 10.000 Fans.

Im weiteren Verlauf steigerten sich die Teilnehmerzahlen bis auf 40.000 Fans beim Endspiel. Die größte Menschenansammlung war vor einer Großleinwand nördlich des Siegestors festzustellen.

Nach Spielende kam es, überwiegend alkoholbedingt, immer wieder zu Körperverletzungen.

Das vorbereitete Einsatzkonzept hat sich bestens bewährt. Hilfreich waren die Kontakte zum türkischen Generalkonsulat, sowie zu verschiedenen türkischen Verbänden. Die Lärm- und Verkehrsbelästigungen spiegelten sich in zahlreichen Beschwerdeschreiben der Anwohner wider.

1.2.4 Leichtathletik-EM

Im August fanden die Europameisterschaften der Leichtathletik unter Beteiligung der israelischen Mannschaft im Olympiastadion statt.

Die angespannte Terrorlage nach dem 11.09.2001, der akute Nahost-Konflikt und der 30. Jahrestag des Olympia-Attentates verlangten höchste Schutzmaßnahmen für die israelische Delegation.

Besonderes Augenmerk verlangte die Gedenkfeier zum Olympiaattentat 1972, an der Angehörige der Opfer, die gesamte israelische Delegation, sowie hochrangige Persönlichkeiten teilnahmen.

1.2.5 Oktoberfest

Andrang und Stimmung am ersten Wiesentag deuteten bereits an, dass von der letztjährigen Verunsicherung wegen der Ereignissen in den USA nichts mehr zu spüren war.

Um das Sicherheitsgefühl der Festbesucher zu stärken wurden zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen von 2001 beibehalten.

Die Videoüberwachung ermöglichte eine zielgerichtete und zeitnahe Einsatzsteuerung. 25 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konnten beobachtet und geklärt werden.

Infolge des starken Alkoholkonsums kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Sexualstraftaten. Mit einer speziellen Plakataktion in Damentoiletten gab die Münchner Polizei Tipps, wie sich Frauen und Mädchen davor schützen können. Die Aktion fand großen Anklang.

Insgesamt wurden 11 (13) Sexual-Gewalttaten angezeigt, 5 davon konnten geklärt werden. Allerdings ist ein leichter Anstieg bei den Körperverletzungen, insbesondere mit Maßkrügen, zu verzeichnen.

2. BESONDERES SICHERHEITSRECHT

2.1 MÄRKTE UND STRAßENFESTE

Im Bereich der Landeshauptstadt München waren 2002

- 4 Dulten
- 11 Weihnachtsmärkte
- 31 Flohmärkte
- 104 Straßenfeste

polizeilich zu betreuen.

2.2 SCHADENSFÄLLE DURCH PYROTECHNISCHE GEGENSTÄNDE AN SILVESTER

Bei Jahresabschluss 2002 kam es im Präsidiumsbereich zu 54 Vorfällen durch Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände. Es wurden 12 Briefkästen, zwei Telefonzellen und 26 sonstige Objekte beschädigt. Dabei entstand ein Sachschaden von ca. 50.460 € (21.872 €). Neun Personen erlitten durch Feuerwerkskörper Verletzungen (Vorjahr: 5 Personenschäden).

2.3 ÄNDERUNG DER KAMPFHUNDEVERORDNUNG

Mit Wirkung vom 01.11.02 wurde die Kampfhundeverordnung geändert. Ab diesem Zeitpunkt gelten neben den dort bereits aufgeführten Hunden auch Rottweiler, Alano, American Bulldog, Cane Corso, Perro de Presa Canario und Perro de Preso Mallorquin, sowie Mischlinge dieser Rassen als Kampfhunde. Den Haltern wird für die Begutachtung (Wesenstest) ihrer Kampfhunde eine Übergangsfrist bis zum 30.06.2003 eingeräumt.

Nach neuer Rechtslage sind die Besitzer dieser Tiere zum Anleinen ihrer Vierbeiner auf allen öffentlichen Anlagen, Straßen, Wegen und Plätzen verpflichtet. Verstöße können mit Geldbuße geahndet werden.

3. KATASTROPHENABWEHR

3.1 KAMPFMITTELAUFFINDUNG

Die zuständigen Fachkräfte des Polizeipräsidiums München waren in 50 (59) Fällen beim Auffinden und Beseitigen von Kampfmitteln eingesetzt. Dabei fielen an:

- 11 (16) Spreng- (20 lbs bis 1000 lbs)³³, Brand- und Stabbrandbomben
- 39 (43) Kampfmittel wie Zünder, Minen und Granaten

Im Februar wurde bei Baggerarbeiten an der Baustelle des BMW-Forschungszentrums an der Max-Diamant-Straße eine 125 kg schwere englische Fliegersplitterbombe freigelegt. Bevor das Sprengkommando München mit der Entschärfung begann, musste ein Teil des angrenzenden Bürogebäudes evakuiert werden. Sämtliche Arbeiten auf der Großbaustelle wurden eingestellt, das Areal geräumt und die nähere Umgebung für den gesamten Straßenverkehr gesperrt. Nach Entfernung der Zünder entsorgte das Sprengkommando die Bombe.

3.2 SPRENGSTOFFVERDÄCHTIGE GEGENSTÄNDE

Die Zahl verdächtiger Briefe/Sendungen und Päckchen als auch Fundstücke wie Koffer und Gepäckstücke nahm gegenüber dem Vorjahr erheblich ab:

66 (149) verdächtige Sendungen und Fundstücke

629 (705) verdächtige Kraftfahrzeuge

2002 fielen noch 27 Einsätze mit "Anthrax-Verdacht" an. In allen Fällen erwiesen sich die vom Landesuntersuchungsamtes Südbayern untersuchten Stoffe als ungefährlich.

3.3 GASEXPLOSION

Im Januar kam es in einem Reihenhaus in Unterhaching, zu einer Explosion mit anschließendem Feuerausbruch. Ursache dafür waren Manipulationen an der Gasleitung durch die 35-jährige depressiv veranlagte Hausfrau. Zuvor hatte sie sich Schnittverletzungen am Hals und an den Pulsadern beigebracht sowie ihren beiden 3- und 5-jährigen Kindern Schlafmittel verabreicht. Alle Beteiligten überlebten.

Im März kam es in einem Appartement in der Berg-am-Laim-Straße zu einer Explosion mit tödlichem Ausgang. Der 46-jährige Mieter hatte 13 Gaskartuschen geöffnet und die Explosion damit absichtlich herbeigeführt. Grund hierfür dürfte eine angedrohte Räumungsklage gewesen sein, die er wegen flächendeckender Unratablagerungen in der Wohnung erhalten hatte.

3.4 STRAHLENSCHUTZ

Die Lage am Standort des Forschungsreaktors München II (FRM II) ist nach wie vor ruhig. Der "Tag der offenen Tür" im November fand unter reger Beteiligung der Öffentlichkeit statt, verlief aber ohne jegliche Störungen.

_

 $^{^{33}}$ Libra = Waage; im Englischen gebräuchliche Gewichtseinheit = 453,5 gr.

TEIL C DIENSTBETRIEB DER POLIZEI-EINSATZZENTRALE (EZ)

1. NOTRUFENTGEGENNAHME UND -BEARBEITUNG

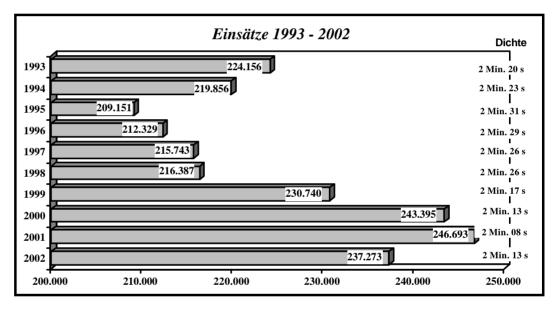
Alle 36 Sekunden ein Notruf

Bei der Einsatzzentrale gingen 2002 rund 874.124 (993.178) Notrufe ein, was einem Rückgang um 12,0 % (119.054 Notrufe) entspricht. Durchschnittlich gehen täglich 2.394, stündlich 100 Notrufe ein.

2. EINSATZENTWICKLUNG MOTORISIERTER STREIFEN

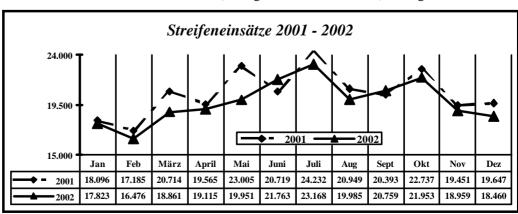
Alle 133 Sekunden ein Soforteinsatz

Die Zahl der Einsatzfahrten nahm um 3,8 % auf 237.273 (246.693) ab. Im Durchschnitt waren monatlich 19.773, täglich 650 und stündlich 27 Einsätze zu bearbeiten.



Das höchste Einsatzaufkommen war wiederum im Monat Juli mit 23.168 Soforteinsätzen zu verzeichnen. Hohe Einsatzzahlen wurden auch im Juni mit 21.763 und im Oktober mit 21.953 Einsätzen erreicht.

Zu weit überdurchschnittlich hohen Einsatzbelastungen (jeweils über 800 Einsätze); kam es an insgesamt 30 Tagen des Jahres, an zwei sogar zu 955 bzw. 956 Einsätzen, obwohl keine besonderen Umstände (Eisregen, Schneefälle, etc.) vorlagen.



3. STEUERUNG DER POLIZEIALARME

Im Zuständigkeitsbereich des PP München waren im Berichtszeitraum insgesamt 790 (831) Alarmanschlüsse geschaltet.

1.686 Polizeialarme

1.686 (1.660) über Direktanschlüsse bei der Einsatzzentrale eingegangene Alarme machten Einsatzfahrten erforderlich. Fünf weitere Objekte sind bei verschiedenen Polizeiinspektionen angeschlossen.

21 (22) mal handelte es sich um sogenannte echte Alarme. Damit lag die Falschalarmquote bei 98,8 %.

5.205 Fremdalarme

Darüber hinaus werden optische und akustische Alarmmeldungen von Passanten an die Einsatzzentrale gemeldet. Daneben laufen viele Alarmanschlüsse bei privaten Bewachungsunternehmen auf.

Diese 5.205 (5.443) Fremdalarmauslösungen erforderten den Einsatz von Polizeikräften. Die Falschalarmquote lag hier bei 99,4 %. 32 (33) "echte" Alarme waren zu verzeichnen.

4. DURCHFÜHRUNG VON ABSCHLEPPANORDNUNGEN

32.015 Abschleppanordnungen

Streifenbeamte veranlassten 2002 über die Einsatzzentrale 32.015 (35.173) Abschleppungen von Kfz, 9,0 % weniger als im Vorjahr.

Hiervon wurden 29.493 (32.329) wegen Falschparkens, 2.552 (2.844) aus sonstigen Gründen wie Sicherstellungen, Eigentumssicherungen oder zur Unterstützung von Fahrzeugführern nach einem Unfall, abgeschleppt.

Abschleppanordnungen ergingen an

- Münchner Kfz	17.270	(18.895)
- Auswärtige Kfz	10.744	(11.579)
- Ausländische Kfz	4.001	(4.699)

5. ENTWICKLUNG DER EINSATZZAHLEN IM VERGLEICH ZUM STREIFENPOTENZIAL

Verhältnis zwischen Arbeitsbelastung und Personal

Im Jahr 2002 wurden im motorisierten Streifendienst 1.411.585 Stunden, im Fußstreifendienst 255.945 Stunden sowie 138.398 Stunden für Dienstleistungen der Kontaktbereichsbeamten geleistet.

Somit stieg der Außendienstanteil von 59,7 % auf 59,9 %.

Aufgrund der immer noch spürbaren Auswirkungen der Terroranschläge vom 11.09.2001 in den USA sowie der Mehrbelastung, resultierend aus den Großeinsätzen anlässlich der Sicherheitskonferenz und der "Wehrmachtsausstellung", mussten für den Objekt-/Personenschutz 200.335 Stunden (+3,3 %) sowie für Einsätze 457.332 Stunden (+23,7 %) zusätzlich aufgewendet werden.

6. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT (FÜHRUNGEN)

84 Führungen

Die Führungen in der Einsatzzentrale (84 Gruppen, insgesamt 847 Personen mit besonderen Bezügen zum Polizeiberuf oder im Rahmen der dienstlichen Fortbildung), mussten wegen immer noch andauernder Umbaumaßnahmen beschränkt werden.

Tabellenteil Polizeiliche Kriminalstatistik